

ZA-Archiv Nummer 1800

**Allgemeine Bevölkerungsumfrage
der Sozialwissenschaften
ALLBUS 1990**

**Methodenbericht zur
"Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der
Sozialwissenschaften" (ALLBUS)
1990**

**Martina Wasmer, Achim Koch,
Michael Wiedenbeck**

ZUMA Arbeitsbericht 91/13

Seit Juli 1983 sind die ZUMA-Arbeitsberichte in zwei Reihen aufgeteilt:

Die **ZUMA-Arbeitsberichte** (neue Folge) haben eine hausinterne Begutachtung durchlaufen und werden vom Geschäftsführenden Direktor zusammen mit den übrigen Wissenschaftlichen Leitern herausgegeben. Die Berichte dieser Reihe sind zur allgemeinen Weitergabe nach außen bestimmt.

Die **ZUMA-Technischen Berichte** dienen zur hausinternen Kommunikation bzw. zur Unterrichtung externer Kooperationspartner. Sie sind nicht zur allgemeinen Weitergabe bestimmt.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung	1
2.	Die Grundkonzeption der ALLBUS- und ISSP-Studien.....	2
2.1.	Die Grundkonzeption des ALLBUS	2
2.2.	Die Grundkonzeption des ISSP	3
2.3.	Überblick über die bisherigen ALLBUS- und ISSP-Studien	5
3.	Die inhaltliche Konzeption der ALLBUS-Studie 1990	7
4.	Die Pretests zum ALLBUS 1990.....	9
4.1.	Der Pretest zum Frageschwerpunkt 'Sanktion und abweichendes Verhalten9	
4.1.1.	Zielsetzung und Frageprogramm	9
4.1.2.	Durchführung	10
4.1.3.	Ergebnisse und Konsequenzen	10
4.2.	Der Zeitpretest zum ALLBUS und ISSP 1990	12
4.2.1.	Zielsetzung und Fragenprogramm	12
4.2.2.	Durchführung	13
4.2.3.	Ergebnisse und Konsequenzen	13
5.	Das Fragenprogramm des ALLBUS 1990.....	15
5.1.	Der Replikationsteil	15
5.1.1.	Einstellungen zur Verwaltung	17
5.1.2.	Freundschaftsbeziehungen	18
5.1.3.	Politische Einstellungen	18

5.1.4.	Fragenbereich AIDS	19
5.1.5.	Weitere Einstellungsfragen	19
5.2.	Schwerpunktthema 'Sanktion und abweichendes Verhalten'	21
5.2.1.	Überblick	21
5.2.2.	Die Unterstützung verschiedener Verhaltensnormen	25
5.2.3.	Delinquentes Verhalten und seine Bedingungen	27
5.2.4.	Zusätzliche Einzelindikatoren	28
5.3.	Aktuelle Fragen im ALLBUS 90	30
5.4.	Demographie	31
5.5.	Der ISSP-Teil	33
6.	Die Durchführung des ALLBUS 1990.....	36
6.1.	Das Design für die Stichprobe des ALLBUS 1990	36
6.1.1.	Die Grundgesamtheit	36
6.1.2.	Das Stichprobendesign	36
6.1.2.1.	Das ADM-Design im Überblick	36
6.1.2.2.	Stichprobe der Stimmbezirke	39
6.1.2.3.	Stichprobe von Straßenabschnitten	41
6.1.2.4.	Die Vorabauflistung der Haushaltsadressen	43
6.1.2.5.	Die Brutto-Haushaltsstichprobe	44
6.1.2.6.	Die Personenstichprobe	45
6.1.3.	Gewichtung	45

6.2.	Die Feldphase des ALLBUS 1990	45
6.2.1.	Zeitlicher Ablauf	46
6.2.2.	Interviewereinsatz	48
6.2.3.	Ausschöpfung	50
6.2.4.	Interviewsituation	51
Literatur	51
Vergleichsstudien zum ALLBUS 1990		53
Anhang	54

1. Einleitung

1990 wurde die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) zum sechsten Male durchgeführt. Mit ALLBUS-internen Meßreihen sind jetzt erstmals Vergleiche über 10 Jahre für ganze Themenbereiche möglich, wie überhaupt den Replikationsfragen in dieser Studie breiter Raum eingeräumt wurde. Durch das neue Angebot zweier Indices, einer Haushalts- und Familientypologie und eines Klassenschemas, wurden die Nutzungsmöglichkeiten der Demographie erheblich verbessert. Und ebenfalls zum ersten Mal wird beim ALLBUS 1990 auf die Konstruktion einer Gewichtungsvariablen wegen grundsätzlicher Zweifel am Nutzen eines standardisierten Gewichtungsvorschlags verzichtet (vgl. Kapitel 6.1.3.). Stattdessen werden dem interessierten Nutzer Informationen aus dem Mikrozensus zur Verfügung gestellt, so daß er bei Bedarf eine seinen speziellen Bedürfnissen entsprechende Gewichtungsvariable selbst konstruieren kann.

Seiner Konzeption nach dient das Forschungsprogramm ALLBUS dem Ziel, Daten für die empirische Sozialforschung zu erheben und umgehend allgemein zugänglich bereitzustellen. Dieser Dienstleistungscharakter des ALLBUS erfordert es, jede Phase des Forschungsablaufs so transparent wie möglich zu machen. Damit die Nutzer des ALLBUS den Prozeß der Datenerhebung nachvollziehen und sich kritisch mit den gewonnenen Daten auseinandersetzen können, wird daher im vorliegenden Methodenbericht die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Studie ausführlich dokumentiert.

Breiten Raum in diesem Methodenbericht nimmt die Darstellung und Begründung der Inhalte der Studie ein. Sowohl die generelle Konzeption der ALLBUS- und ISSP-Studien (Kap. 2) als auch die spezielle Konzeption der 1990er Studie - insgesamt (Kap. 3) und ihrer einzelnen Bestandteile (Kap. 5) - sind Gegenstand der folgenden Ausführungen. Daneben wird in Kapitel 4 (Pretests) und Kapitel 6 (Hauptstudie) die Durchführung der Studie dokumentiert.

2. Die Grundkonzeption der ALLBUS- und ISSP-Studien

Bevor auf das eigentliche Thema dieses Methodenberichts, Inhalt und Durchführung des ALLBUS 1990, näher eingegangen wird, sollen hier zunächst die allgemeinen Zielsetzungen und Gestaltungsrichtlinien der ALLBUS- und ISSP-Studien dargestellt und ein Überblick über die bisher durchgeführten Befragungen gegeben werden.

2.1. Die Grundkonzeption des ALLBUS

Seit 1980 wird im Rahmen des ALLBUS-Programms alle zwei Jahre ein repräsentativer Querschnitt der wahlberechtigten Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin mit einer Zufallsstichprobe von jeweils etwa 3.000 Personen befragt (über 18 Jahre alte Deutsche in Privathaushalten).

Die beiden primären Ziele des ALLBUS-Programms sind die Untersuchung des sozialen Wandels und die Datengenerierung für Sekundäranalysen. Durch die regelmäßige Erhebung von sozialstrukturellen Merkmalen, Einstellungen und Verhaltensberichten der Bevölkerung wird die Bildung von langen Zeitreihen für soziologisch relevante Variablen und damit die Dauerbeobachtung des sozialen Wandels ermöglicht. Zur Verbesserung der Infrastruktur in den Sozialwissenschaften werden die erhobenen Daten sofort nach der Datenaufbereitung interessierten Forschern und Studenten für Sekundäranalysen zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus sollen mit dem ALLBUS auch international vergleichende Analysen ermöglicht sowie Beiträge zur Methodenentwicklung geleistet werden. Die Durchführung international vergleichender Studien hat seit 1985 mit dem International Social Survey Programme (ISSP) einen eigenen institutionellen Rahmen (vgl. Abschnitt 2.2). Der besondere Stellenwert des ALLBUS als Instrument der Methodenentwicklung zeigt sich zum einen an den gesondert durchgeführten Methodenstudien, zum anderen an den hohen methodischen Standards bei der Durchführung der Befragung und der Transparenz des gesamten zugrundeliegenden Forschungs- und Datenerhebungsprozesses.

Diesen Zielen entsprechend gelten für die ALLBUS-Studien verschiedene allgemeine Gestaltungsrichtlinien. Da jede einzelne Umfrage unabhängig von den längerfristigen Zielsetzungen für eine möglichst große Zahl von Nutzern attraktiv sein soll, muß die Analysefähigkeit der Einzelstudien gewährleistet werden. Dies wird insbesondere dadurch erreicht, daß in jeder Umfrage jeweils ein bis zwei Schwerpunktthemen ausführlich behandelt werden (vgl. die

Übersicht in Abschnitt 2.3.), wobei die betreffenden Fragen Operationalisierungen theoretischer Konstrukte sind. Die ausführliche Erhebung sozialstruktureller Hintergrundmerkmale in jeder Umfrage und Fragen zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen, für die nicht von vornherein Zeitreihen geplant sind, sichern ebenfalls die Verwendbarkeit des ALLBUS für Querschnittsanalysen.

Gleichzeitig steigt mit jeder weiteren Studie der Nutzen des ALLBUS für Längsschnittanalysen. Die dafür notwendige Fragenkontinuität wird durch den Rückgriff auf Fragen aus anderen sozialwissenschaftlichen Umfragen und durch ALLBUS-interne Replikationen gesichert. In diese Meßreihen werden vorzugsweise Indikatoren einbezogen, die geeignet sind, langfristigen Wandel abzubilden und sich durch Theoriebezogenheit und inhaltlichen Zusammenhang mit anderen Variablen des Fragenprogramms auszeichnen: Merkmale, die zentral für bestimmte Einstellungskomplexe sind, einem schnellen Wandel unterliegen oder häufig als erklärende Variablen verwendet werden, werden in fast jeder ALLBUS-Umfrage erhoben; andere wichtige Variablen, für die eine weniger dichte Zeitreihe angestrebt wird, werden möglichst regelmäßig alle vier Jahre erfaßt. Für Schwerpunktthemen als Ganze, ggf. in modifizierter Form, werden Replikationen im 10-Jahres-Abstand angestrebt. Eine Replikation in diesem Umfang ist auf die Dauer ohne die Einführung eines 'Split-half-Verfahrens' - bei dem ein Teil der Fragen jeweils nur bei der Hälfte der Befragten erhoben wird - nicht realisierbar. Zentrale unabhängige Variablen werden jedoch weiterhin möglichst an der Gesamtstichprobe erhoben, replizierte Schwerpunkte dagegen in der Regel nur in einer Splitversion.

2.2. Die Grundkonzeption des ISSP

Die konzeptionelle Vorgabe, mit den im ALLBUS erhobenen Daten nicht nur Vergleiche mit zurückliegenden Studien aus der Bundesrepublik, sondern auch interkulturelle Vergleiche zu ermöglichen, führte bereits bei den ersten ALLBUS-Umfragen zu bilateralen Kooperationen mit ausländischen Forschungsinstituten, insbesondere mit dem National Opinion Research Center (NORC, jetzt Social Science Research Center) in Chicago.

Erste Schritte zu einer dauerhaften Kooperation zwischen Instituten aus mehreren Ländern wurden 1983 unternommen. Die Initiatoren waren ZUMA, das NORC in Chicago, das Social and Community Planning Research-Institut (SCPR) in London und die Research School of Social Sciences (RSSS) der Australian National University in Canberra. Man kam damals überein, in jedem Jahr ein Thema gemeinsam vorzubereiten und in allen Ländern gleichzeitig zu erfassen. Da das Kooperationsprojekt außerdem als Replikationsstudie geplant wurde,

sollen ab 1990 die bis zu diesem Zeitpunkt durchgeführten Befragungen in einem zeitlichen Turnus von 5 Jahren wiederholt werden.

Als Erhebungsinstrument entschied man sich für einen schriftlichen Fragebogen; untersucht werden sollte in jedem Land eine repräsentative Zufallsstichprobe von mindestens 1.000 Personen. Bei den jeweiligen nationalen Fragebogen sollte es sich um Übertragungen des in britischem Englisch vorliegenden Original-Instruments handeln, das zuvor von den Teilnehmerländern gemeinsam erstellt und verabschiedet wurde.

Zusätzlich zu diesem gemeinsamen inhaltlichen Fragenprogramm sollte eine international vergleichbare Standarddemographie erhoben werden. Aufgrund der unterschiedlichen länderspezifischen Ausprägungen einzelner Merkmale, wie z. B. dem Bildungsabschluß, und den damit verbundenen verschiedenartigen Erhebungsmodi, galt es, die einzelnen Vorgaben im internationalen Verbund aufeinander abzustimmen.

1985 wurden diese Absichten mit der ersten gemeinsamen Umfrage über "Einstellungen zu Staat und Regierung" realisiert. Damit konstituierte sich das International Social Survey Programme (ISSP) als Forschungsverbund. Die große Bereitschaft anderer Länder zu einer derartigen Zusammenarbeit zeigte sich in der Tatsache, daß Italien (EURISKO Ricerca Sociale e di marketing, Mailand) und Österreich (Soziologisches Institut der Universität Graz) das Fragenprogramm sofort übernahmen und sich in den folgenden Jahren laufend weitere Länder dem Forschungsverbund anschlossen (vgl. Übersicht I im Anhang).

Die Zielsetzung des ISSP und ihre Umsetzung in die Praxis machen deutlich, worin die besondere Bedeutung dieses Projektes liegt. Zum einen handelt es sich beim ISSP um ein internationales Projekt, das in seiner Zusammensetzung (inzwischen gehören dem ISSP neben den vier Gründungsmitgliedern Irland, Israel, Italien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, die Philippinen und Ungarn an; Neuseeland und die Sowjetunion haben sich um die Mitgliedschaft beworben) und Kontinuität in der international vergleichenden Sozialforschung einzigartig ist. Zum anderen ist die von diesem Projekt abgedeckte Themenvielfalt (vgl. Abschnitt 2.3) hervorzuheben, die im Rahmen von bisherigen internationalen Studien, die fast ausschließlich Daten zu nur einem Themenbereich erfassen, noch nicht erreicht worden ist.

2.3. Überblick über die bisherigen ALLBUS- und ISSP-Studien

Der ALLBUS 1990 ist die sechste Studie im Rahmen des ALLBUS-Programms. Seine Schwerpunkte sind 'Sanktion und abweichendes Verhalten', 'Einstellungen zu Verwaltung und Behörden' (Replikation von 1980), 'Einstellungen zu politischen Themen' (Replikation von 1980) und 'Freundschaftsbeziehungen' (Replikation von 1980). Die inhaltlichen Schwerpunktthemen der vorangegangenen Umfragen waren:

- 1980 'Einstellungen zu Verwaltung und Behörden', 'Einstellungen zu politischen Themen', 'Freundschaftsbeziehungen'
- 1982 'Religion und Weltanschauung'
- 1984 'Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat'
- 1986 'Bildung und Kulturfertigkeiten'
- 1988 'Einstellungen zum politischen System und politische Partizipation'

Aus dem 1-Jahres-Turnus der ISSP-Umfrage und dem 2-Jahres-Turnus des ALLBUS folgt, daß die internationale Umfrage nur in den geraden Jahren als Teil des ALLBUS durchgeführt werden kann. In den übrigen Jahren wird die ISSP-Befragung im Rahmen des Sozialwissenschaften-Bus erhoben.

1990 wurde im ISSP die Studie von 1985 zum Thema 'Einstellungen zu Staat und Regierung' (Role of Government) in gekürzter Form repliziert. Die Themen der Umfragen in den dazwischenliegenden Jahren waren:

- 1986: Soziale Netzwerke und Unterstützungsbeziehungen (Social Networks and Support Systems)
- 1987: Soziale Ungleichheit (Inequality)
- 1988: Familie und sich ändernde Geschlechtsrollen (Family and Changing Sex Roles)
- 1989: Arbeitsorientierungen (Work Orientations)

Eine vollständige Übersicht darüber, welche Module in welchen Ländern erhoben wurden, bietet die Übersicht I im Anhang. Die methodisch-technischen Charakteristika der bisherigen ALLBUS-Studien sind in der folgenden Übersicht 1 dargestellt.

Übersicht 1: Bisher durchgeführte ALLBUS-Studien

	ALLBUS 1980	ALLBUS 1982	ALLBUS 1984	ALLBUS 1986	ALLBUS 1988	ALLBUS 1990
Grundgesamtheit	Alle Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin in Privat-Haushalten wohnen und bis zum Zeitpunkt der Befragung das 18. Lebensjahr vollendet hatten					
Auswahlverfahren	<p>Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit in drei Stufen:</p> <p>1. Stufe: zufällig ausgewählte Stimmbezirke</p> <div> <div>630 Stimmbezirke, d.h. 3 Netze mit je 210 Stimmbezirken aus der ADM-Hauptstichprobe</div> <div>689 Stimmbezirke als geschichtete Unterstichprobe aus 16 Netzen der ADM-Hauptstichprobe</div> <div>Wie ALLBUS 1980-1984</div> <div>630 Stimmbezirke nach ADM-analogen Vorgehen aus infas-eigenem Ziehungsband</div> </div> <p>2. Stufe: zufällig ausgewählte Haushalte in den Stimmbezirken</p> <div> <div>Adress Random</div> <div>Adress Random</div> <div>Random Route</div> <div>Random Route</div> <div>Random Route</div> <div>Adress Random</div> </div> <p>3. Stufe: zufällig ausgewählte Personen der Grundgesamtheit in den Haushalten</p>					
Stichprobe:						
-Ausgangsbrutto	N = 4.620	N = 4.562	N = 4.554	N = 5.512	N = 4.620	N = 5.204
-bereinigtes Brutto	N = 4.253	N = 4.291	N = 4.298	N = 5.275	N = 4.509	N = 5.054
-auswertbare Interviews	N = 2.955	N = 2.991	N = 3.004	N = 3.095	N = 3.052	N = 3.051
Befragungszeitraum	7.1.1980-29.2.1980	20.2.1982-21.3.1982 19.4.1982-31.5.1982	12.3.1984-5.6.1984	20.3.1986-15.5.1986	26.4.1988-5.7.1988	12.3.1990-25.5.1990
Art der Befragung	Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen			Mündliche Interviews mit vollstrukturiertem Fragebogen und schriftliche Befragung als "drop off"		
Erhebungsinstitut	GETAS	GETAS	GETAS	Infratest	GFM-GETAS	Infas

3. Die inhaltliche Konzeption der ALLBUS-Studie 1990

Die ALLBUS-Studie 1990 sollte drei jeweils ca. 20 Minuten Befragungszeit beanspruchende Hauptbestandteile haben: einen umfangreichen Komplex, der aus der Replikation von Fragen früherer ALLBUS-Erhebungen bestehen sollte, den neuen Fragenschwerpunkt 'Sanktion und abweichendes Verhalten' und die ausführliche Erfassung demographischer Informationen. Komplettiert werden sollte das Fragenprogramm des ALLBUS durch einige aktuelle Fragen, deren Inhalt und Formulierung erst kurz vor Feldbeginn festgelegt werden sollte. Hinzu kam die ISSP-Studie, die wieder als ca. viertelstündiger schriftlicher drop-off zum ALLBUS geplant war.

Im folgenden werden kurz die grundlegenden Vorüberlegungen zu diesen Bereichen dargelegt, detaillierte Informationen zur inhaltlichen Ausgestaltung der einzelnen Fragemodule können den jeweiligen Unterkapiteln von Abschnitt 5 entnommen werden.

Dem Replikationsteil sollte im ALLBUS 1990 ein besonderer Stellenwert zukommen. Ausgehend von der Grundkonzeption des ALLBUS, bewährte Fragen mindestens alle 10 Jahre zu erheben, standen viele Fragen des ALLBUS 1980 zur Replikation an. Insbesondere die Schwerpunktthemen 'Einstellungen zu Verwaltung und Behörden', 'Freundschaftsbeziehungen' und 'Einstellungen zu politischen Themen' sollten 1990 wieder breite Berücksichtigung finden. Daneben sollten natürlich auch Fragen aus späteren ALLBUS-Erhebungen einbezogen werden, soweit dies aus inhaltlichen Überlegungen - z. B. aufgrund der anzunehmenden Geschwindigkeit des sozialen Wandels - sinnvoll erschien und/oder zur Beibehaltung eines bestimmten Replikationsrhythmus notwendig war. Um dieses umfangreiche Programm realisieren zu können, sollte ein Teil der Fragen jeweils nur bei der Hälfte der Befragten erhoben werden.

Der Themenbereich 'Sanktion und abweichendes Verhalten' stand schon seit längerem zur Aufnahme in den ALLBUS an. Bei der Ausarbeitung für den ALLBUS 1990 galt als konzeptionelle Vorgabe, daß der Schwerpunkt in zweierlei Hinsicht breit angelegt sein sollte. Zum einen sollte keine Einengung auf Kriminalität im juristischen Sinn stattfinden; zum anderen sollte neben den besonders interessierenden normativen Vorstellungen auch faktisches Verhalten erfaßt werden, wobei von vornherein klar war, daß einem solchen Vorhaben in einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage natürlich enge Grenzen gesetzt sein würden.

Der Demographieteil sollte wie immer den Abschluß des mündlichen Interviews bilden und sich diesmal im großen und ganzen auf die standardmäßig in jeder ALLBUS-Umfrage erfaßten Merkmale beschränken, da die Thematik des

inhaltlichen Teils von ALLBUS und ISSP kaum die Aufnahme weiterer spezieller demographischer Fragen erfordern würde.

Einige Minuten Befragungszeit sollten für aktuelle Fragen reserviert werden, um flexibel auf neu auftauchende Themen eingehen zu können. Diese Fragen sollten gleichwohl nicht nur sog. Tagesaktualitäten zum Gegenstand haben, sondern der Grundkonzeption des ALLBUS entsprechend auch - zumindest potentiell - längerfristige gesellschaftliche Probleme ansprechen. Relativ bald zeichnete sich ab, daß 1990 Fragen zum Thema 'DDR' diese "aktuelle Ecke" bilden würden.

Für die ISSP-Studie 1990 war international das Thema 'Einstellungen zu Staat und Regierung' vereinbart worden. Dabei sollte es sich um eine gekürzte Replikation der Umfrage von 1985 handeln. Welche Dimensionen generell und welche Fragen im einzelnen von 1985 übernommen werden sollten, galt es in internationalen Absprachen zu klären.

4. Die Pretests zum ALLBUS 1990

4.1. Der Pretest zum Frageschwerpunkt 'Sanktion und abweichendes Verhalten'

4.1.1. Zielsetzung und Frageprogramm

Der spezielle Pretest zum Frageschwerpunkt 'Sanktion und abweichendes Verhalten' sollte nicht nur dazu dienen, die Durchführbarkeit und Dauer dieses Teils des Instruments mit seinen vielen neuformulierten Fragen zu testen. Vor allem sollte dieser Pretest auch inhaltliche Analysen ermöglichen, die eine Entscheidungsgrundlage für die Auswahl der Fragen und Items liefern sollten. Daher war es notwendig, ein Maximalprogramm mit sehr vielen Items pro Frage zu testen und zusätzlich demographische und Einstellungsvariablen für Korrelationsanalysen zu erheben.

Im einzelnen umfaßte das Frageprogramm des Pretests (vgl. den Pretestfragebogen im Anhang) schließlich:

- eine Frage zur moralischen Bewertung verschiedener Verhaltensweisen mit 36 Items,
- für dieselben 36 Items eine Frage zum Sanktionsbedürfnis,
- für 11 dieser 36 Items eine Frage zur Anzeigebereitschaft,
- für 7 der 36 Items eine Frage zur Einschätzung der faktischen Gesetzeslage,
- für 4 der 36 Items eine Frage zur Erfassung des bisherigen delinquenten Verhaltens des Befragten, eine Frage zur entsprechenden gegenwärtigen Verhaltensbereitschaft und eine Frage zur wahrgenommenen Entdeckungswahrscheinlichkeit,
- eine Frage nach der Einstellung zum Strafzweck (wichtigster und zweitwichtigster),
- eine Frage nach der Einstellung zu Gesetzen mit zwei unterschiedlich gepolten Items,
- eine Frage mit drei Items zur bisherigen unkonventionellen politischen Partizipation und für dieselben drei Items eine Frage zur entsprechenden Verhaltensbereitschaft

An demographischen und sonstigen Hintergrundvariablen wurden erhoben: Geschlecht, Alter, allgemeinbildender Schulabschluß, Erwerbstätigkeit, berufliche Stellung, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Kirchengangshäufigkeit, subjektive Schichteinstufung, Interesse für Politik, Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, Wahlabsicht und Führerscheinbesitz.

4.1.2. Durchführung

Wegen der besonderen Zielsetzung dieses Pretests, auch geeignete Daten für inhaltliche Analysen zu liefern, wurden 100 Personen befragt. Die Befragten wurden nach Quoten ermittelt, wobei die verwendeten Quotenmerkmale Geschlecht, Alter, Schulabschluß und Erwerbstätigkeit waren. Die mündlichen Interviews fanden in der Zeit vom 12.06. bis 07.07.1989 statt.

Eine Besonderheit des Pretest-Fragebogens war, daß die Fragen 5 und 6 des inhaltlichen Teils (tatsächliche Delinquenz und entsprechende Verhaltensabsicht) als Split konzipiert waren. Die Hälfte der Befragten beantwortete diese Fragen mündlich (d. h. der Interviewer las Frage und Items vor und der Befragte nannte ihm eine der auf einer Liste vorgegebenen Antwortmöglichkeiten), die andere Hälfte schriftlich auf einem Blatt, das sie nach dem Ausfüllen selbst in einen Umschlag steckten und dem Interviewer zurückgaben. Damit sollte die in der Literatur (vgl. z. B. Sudman & Bradburn 1982) postulierte Überlegenheit der sog. "sealed-envelope"-Technik bei heiklen Fragen am konkreten Fall nachgeprüft und die praktische Durchführbarkeit dieser Technik getestet werden.

4.1.3. Ergebnisse und Konsequenzen

Der Pretest ergab, daß der inhaltliche Teil des Fragebogens mit durchschnittlich 32,6 Minuten die vorgesehene Befragungszeit erheblich überschritt. Um die notwendige Kürzung des Fragemoduls zu erreichen, wurden folgende Konsequenzen gezogen. Das Fragemodul wird in den Teilen, in denen die Grundkonzeption die Abdeckung einer möglichst breiten Palette abweichender Verhaltensweisen erfordert, in zwei Split-Versionen erhoben. Darüber hinaus wird die Zahl der Items bei der moralischen Bewertung, dem Sanktionsbedürfnis, der Anzeigebereitschaft und der Einschätzung der faktischen Gesetzeslage reduziert.

Folgende Informationen wurden bei der Entscheidung für oder gegen die Aufnahme bestimmter Items berücksichtigt:

- (1.) Kommentare der Pretestbefragten, die auf Verständnisprobleme hindeuteten,
- (2.) Schiefe und Varianz der Antwortverteilungen, (3.) Korrelationen mit den erhobenen Demographie- und Einstellungsvariablen, wobei Items präferiert wurden, bei denen die Ergebnisse auf eine bestehende Meinungsheterogenität zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen hindeuteten, und (4.) die Ergebnisse einer exploratorischen Faktorenanalyse, wobei insbesondere darauf geachtet wurde, daß keine Dimension (z. B. die Bagatelldelikte, opferlose Vergehen, Wirtschaftskriminalität) der Kürzung vollständig zum Opfer fiel.

Aufgrund der o.g. Kriterien wurden bei der Frage nach der moralischen Bewertung schließlich neun Items ersatzlos gestrichen: im einzelnen (vgl. den Pretest-Fragebogen im Anhang) 07: Unfallwagen, 08: Versicherungsbetrug, 14: Reisekosten, 18: Spekulation, 19: Bestechlichkeit, 21: Filter, 29: Telefonzelle; 34: verheiratete Frau, 36: Pornographie). Zwei Items wurden durch inhaltlich ähnliche ersetzt (09/Hauptstudie: Split 1,R: Schwarzarbeit, 13/Split 1,Q: Materialdiebstahl), fünf modifiziert (03/Split 1,B: Gewalt gegen Kinder, 05/Split 1,D: Aktive Sterbehilfe, 22/Split 1,K: Giftmüll, 32/Split 1,O: Alkoholmißbrauch, 35/Split 2,O: Homosexualität) und zwei neu hinzugenommen (Split 2,P: Steuerflucht; Split 2,Q: Gewalt in Ehe). Mit diesen Items wurden zwei nach "Schweregrad", d. h. Grad der moralischen Verurteilung, und Typ der abweichenden Verhaltensweisen weitgehend ausbalancierte Splitversionen mit 16 bzw. 17 Items gebildet, wobei lediglich die vier Items mit Verhaltensweisen, bei denen auch die tatsächliche Delinquenz erfaßt wird, in beide Splits aufgenommen wurden.

Die Frage nach dem Sanktionsbedürfnis war die einzige, bei der der Pretest so schwerwiegende Mängel aufdeckte, daß nicht nur eine Kürzung, sondern eine grundsätzliche Änderung notwendig wurde. Zum einen wurde bei manchen Items das Strafkonzepit überhaupt von den Befragten als problematisch empfunden. Zum anderen wurden sehr oft die zu geringen Differenzierungsmöglichkeiten (als Antwortalternativen waren nur 'nicht bestrafen', 'Geldstrafe', 'Gefängnis' vorgesehen) beklagt. Deshalb wurde beschlossen, für sechs Verhaltensweisen (3 in jedem Split) lediglich den Wunsch nach einem gesetzlichen Verbot zu erfragen. Die betreffenden Items umfassen vor allem Verhaltensweisen, bei denen eben diese Frage der (II-)Legalisierung im Zentrum der öffentlichen Diskussion steht, sowie innerhalb der Familie begangene Delikte, da Staatseingriffe in die Privatsphäre besonders umstritten sind und hier besonders häufig - auch bei bestehendem Wunsch nach einem gesetzlichen Verbot - eher Therapie statt Strafe gefordert wird. Für 11 weitere Items (5 im einen, 6 im anderen Split) mit Verhaltensweisen, deren Illegalität ziemlich unumstritten ist, wurde bei unveränderter Frageformulierung eine Differenzierung der Antwortalternativen (hohe/niedrige Geldstrafe, Gefängnis mit/ohne Bewährung) beschlossen. Diese Unterscheidungen waren im Pretest häufig als spontane Ergänzungen der Befragten zu den vorgesehenen Antwortkategorien aufgetreten.

Desweiteren entschieden wir uns dafür, die Anzeigebereitschaft nur noch in einem Split und nur für fünf Verhaltensweisen zu erheben.

Was die Erfassung des delinquenten Verhaltens mittels mündlicher Abfrage oder sog. 'sealed-envelope'-Technik betraf, berichteten die Pretest-Interviewer bei beiden Vorgehensweisen keine nennenswerten Probleme in der Durchführung der Interviews. Die ermittelten Häufigkeiten waren in der Tendenz bei der

'sealed-envelope'-Technik etwas größer, wenngleich sich bei keinem Delikt signifikante Unterschiede ergaben. Am größten war der Unterschied noch beim heikelsten der vier Delikte, der Steuerhinterziehung. Angesichts dieser Ergebnisse entschieden wir uns dafür, in der Haupterhebung die 'sealed-envelope'-Technik anzuwenden.

Bei der Frage zur Einstellung zu Gesetzen legten die Pretestergebnisse die Streichung des negativ gepolten Items ("An ein Gesetz, mit dem man selbst nicht einverstanden ist, muß man sich auch nicht unbedingt halten.") nahe, da einige Befragte Probleme mit der sich daraus ergebenden doppelten Verneinung hatten und außerdem die Zusammenhänge zwischen eigener Delinquenz und der Einstellung zu Gesetzen beim negativ gepolten Item durchgängig geringer ausfielen als beim positiv gepolten ("An die Gesetze muß man sich immer halten, egal ob man mit ihnen einverstanden ist oder nicht.").

Die Fragen zur unkonventionellen politischen Partizipation waren in den Pretest aufgenommen worden, um zu überprüfen, ob ein Zusammenhang mit anderen Formen abweichenden Verhaltens besteht. Da die Pretest-Daten hier signifikant korrelierten, wurde die bereits im ALLBUS 1988 verwendete Skala zur unkonventionellen politischen Partizipation von Kaase et al. (vgl. Barnes, Kaase et al. 1979) ins Frageprogramm der Haupterhebung übernommen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich das Fragemodul im Pretest sehr gut bewährt hat. Die Thematik wurde vom überwiegenden Teil der Befragten als interessant bewertet. Als dringend korrekturbedürftig erwies sich nur die Frage nach dem Sanktionsbedürfnis und der von vornherein erwartete Kürzungsbedarf konnte durch die Split-Lösung so in Grenzen gehalten werden, daß trotz der nachträglichen Aufnahme von drei weiteren Fragen (s. Fragenprogramm der Haupterhebung in Abschnitt 5.2.) keine weiteren Streichungen notwendig wurden.

4.2. Der Zeitpretest zum ALLBUS und ISSP 1990

4.2.1. Zielsetzung und Fragenprogramm

Beim zweiten Pretest bestand das Hauptinteresse darin, die Zeit zu bestimmen, die für die Durchführung der Interviews durchschnittlich benötigt wurde. Da fast alle Fragen bereits anderweitig getestet worden waren, standen eventuelle inhaltliche Schwierigkeiten und technische Durchführungsprobleme eher im Hintergrund.

Das Fragenprogramm zum ALLBUS entsprach weitgehend dem, das schließlich auch in der Haupterhebung zur Anwendung kam. Der Fragebogen lag in zwei Split-Versionen vor, die sich zum einen in den berücksichtigten Replikationsfragen, zum anderen in den Fragen bzw. Item-Vorgaben zum Schwerpunktthema 'Sanktion und abweichendes Verhalten' unterschieden. Noch nicht enthalten waren allerdings die Fragen zum Thema "DDR-Übersiedler", die, um die größtmögliche Aktualität zu gewährleisten, erst kurz vor Feldbeginn formuliert wurden (vgl. zu den einzelnen Fragen dieses Bereichs Abschnitt 5.3.). Zusätzlich zum Programm der Haupterhebung enthielt der Pretest eine Frage zur Wichtigkeit verschiedener Erziehungsziele und eine zweite Version der Frage danach, ob der Befragte meint, seinen gerechten Anteil im Vergleich zu anderen zu erhalten.

Für das ISSP wurde im Pretest dasselbe Fragenprogramm wie später in der Haupterhebung getestet.

4.2.2. Durchführung

Die 41 Pretest-Interviews wurden in der Zeit vom 30.11.89 bis 15.12.89 durchgeführt. 21 nach dem Random-Route-Verfahren ermittelte Personen wurden vom Erhebungsinstitut Infas in ländlichen Gebieten des Rhein-Sieg-Kreises befragt, 20 nach Quoten (Quotenmerkmale: Alter, Geschlecht, Schulabschluß) ermittelte Befragte von ZUMA im Ballungsraum Rhein-Neckar. Dabei wurden 13 speziell geschulte Interviewer eingesetzt (Infas: 6, ZUMA: 7) sowie drei Mitarbeiter der beteiligten Institute (Infas: 2, ZUMA: 1), die auf diese Weise einen unmittelbaren Eindruck von den Problemen, die mit dem Instrument im Feld auftauchen, gewinnen wollten.

4.2.3. Ergebnisse und Konsequenzen

Die wichtigste Funktion des Pretests bestand darin, genaue Informationen über die Erhebungsdauer, die für den ALLBUS-Teil mit 60 Minuten und für den ISSP-Teil mit 15 Minuten veranschlagt war, zu erhalten. Im Durchschnitt wurde für Split 1 eine Interviewdauer von 68,4 Minuten ermittelt und für Split 2 eine Interviewdauer von 60,7 Minuten. Die Bearbeitungsdauer für das ISSP betrug durchschnittlich 17,8 Minuten.

Aufgrund dieser Ergebnisse wurde beschlossen, die im längeren Split enthaltenen Fragen nach den Erziehungszielen und nach dem gerechten Anteil im Vergleich zu anderen zu streichen. Die für einzelne Fragenblöcke genommenen Zwischenzeiten zeigten, daß durch eine andere Zuordnung der Splitblöcke

'Replikation' und 'Sanktion und abweichendes Verhalten' eine weitere Angleichung der Befragungszeiten zu erreichen sein würde.

Diese Maßnahmen erschienen ausreichend, um in der Haupterhebung die angestrebte durchschnittliche Befragungszeit einhalten zu können, da davon ausgegangen werden konnte, daß die Zeit für die noch fehlenden aktuellen Fragen durch die Routinisierung auf seiten der Interviewer gewonnen werden würde. Dafür, daß solche Effekte zu erwarten sein würden, sprach neben der allgemeinen Erfahrung insbesondere das Ergebnis, daß die mit der umfangreichen ALLBUS-Demographie vertrauteren ZUMA-Interviewer für den Statistik-Teil im Durchschnitt ca. fünf Minuten weniger als die Infas-Interviewer benötigten.

Neben der Bestimmung der benötigten Zeit sollte im Pretest natürlich auch das Instrument einem letzten Test unterzogen werden. Insgesamt gesehen zeigten sich keine schwerwiegenden Mängel. Allerdings wurde in vielen Fällen von den Befragten die Dauer der Interviews, insbesondere die Ausführlichkeit des Demographieteils kritisiert. Bei den folgenden Fragen wurden Korrekturen für die Haupterhebung vorgenommen (zu den an den ISSP-Fragen vorgenommenen Änderungen vgl. Abschnitt 5.5.):

- Der Einleitungssatz der Frage 34 zur Befürwortung bzw. Ablehnung verschiedener Maßnahmen gegenüber Personen, die mit AIDS angesteckt sind ("In jüngster Zeit werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, ...") wurde geändert in die neutralere Formulierung ("Es werden ...")
- Die Antwortkategorie 'F' der Frage S63 zum überwiegenden Lebensunterhalt 'Unterhalt durch Ehepartner' wurde geändert in 'Unterhalt durch (Ehe-)Partner'
- Bei den Netzwerkfragen 16ff wurde für den Interviewer die Möglichkeit geschaffen, den, wie die Ergebnisse des ALLBUS '80 zeigten, durchaus nicht seltenen Umstand, daß der Befragte überhaupt keine Personen als Freunde oder Bekannte nennt, im Fragebogen unmißverständlich zu dokumentieren. Die Ergänzung des dann anzukreuzenden Kästchens 'Keine genannt' erschien uns notwendig, um diese Fälle eindeutig im Gegensatz zu Verweigerungen oder sonstigen Missings identifizieren zu können. Die im ALLBUS 1990 registrierten deutlich höheren Häufigkeiten im Vergleich zum ALLBUS 1980 deuten darauf hin, daß die Interviewer 1990 aufgrund der Vorgabe dieser Antwortkategorie möglicherweise weniger stark als 1980 versucht haben, die Befragten zu einer inhaltlichen Antwort zu bewegen.
- Bei den Fragen S54 bis S55a zu den diversen Bildungsabschlüssen der Eltern wurden - wie bereits 1982 und 1984, aber im Gegensatz zu den übrigen ALLBUS-Studien - für den Interviewer ggf. anzukreuzende 'weiß-nicht'-Kästchen im Fragebogen aufgeführt.

5. Das Fragenprogramm des ALLBUS 1990

Im folgenden wird die inhaltliche Konzeption des ALLBUS 1990 im einzelnen dargestellt. Dabei soll dem Leser vor allem deutlich werden, welche Überlegungen hinter der Entscheidung für bzw. gegen bestimmte Fragen standen. Getrennt für die Hauptbestandteile des ALLBUS 1990-Fragebogens - Replikationsteil, inhaltlicher Schwerpunkt 'Sanktion und abweichendes Verhalten', aktuelle Fragen, Demographieteil und ISSP-Fragebogen - wird in den folgenden Unterkapiteln daher das Frageprogramm ausführlich vorgestellt und erläutert.

5.1. Der Replikationsteil

Im ALLBUS 1990 wurden in noch stärkerem Maße als bei seinen Vorgängern Fragen aus früheren ALLBUS-Erhebungen repliziert. Um einen Vergleich über 10 Jahre zu ermöglichen, wurden dabei schwerpunktmäßig Fragen aus dem ALLBUS 1980 einbezogen. Da möglichst viele Replikationsfragen aufgenommen werden sollten, wurde ein Teil der Fragen jeweils nur bei der Hälfte der Befragten erhoben. Übersicht 2 zeigt, welche Fragen bzw. Fragebereiche in welchem Split bzw. in der Gesamtstichprobe erhoben wurden.

Übersicht 2: Replikationen im ALLBUS 1990

Fragen bzw. -bereiche	frühere ALLBUS-Erhebungen (ggf. Quelle)	Fragennummer
<hr/>		
<u>Gesamtstichprobe</u>		
Bereich: Freundschaftsbeziehungen	ALLBUS 80 (Pappi & Laumann 1971)	16-22
Politisches Interesse	ALLBUS 80-88	23
Inglehart-Items	ALLBUS 80-88 (Rabier & Inglehart 1973)	24
Unkonventionelle politische Partizipation	ALLBUS 88 (Allerbeck/Kaase/ Klingemann 1974)	25
Steuersenkung oder Sozialleistungen	ALLBUS 80 (Pappi & Laumann 1971)	26
Regelung durch Gesetze und Behörden	ALLBUS 80	27
Links-Rechts-Selbsteinstufung	ALLBUS 80,82,86,88	28

Fragen bzw. -bereiche	frühere ALLBUS- Erhebungen (ggf. Quelle)	Fragennummer
Subjektive Schichteinstufung	ALLBUS 80-88	29
Parteiidentifikation	ALLBUS 82	30,31
Bereich: AIDS	ALLBUS 88	32-38
Kriminalitätsfurcht	ALLBUS 82 (S65:GSS 1973)	S65, S66
Wahlabsicht	ALLBUS 80-88	S70
Split 1: Wichtigkeit von Lebensbereichen	ALLBUS 80,82,86 (Forschungsgruppe Hoch- schulsozialisation 1973)	1
Bereich: Einstellungen zur Verwaltung	ALLBUS 80 (Frage 3-6: Almond & Verba 1959, ZUMABUS 1977)	2-6
Anomie	ALLBUS 82 (GSS 1973)	7
Schwangerschaftsabbruch	ALLBUS 82,86 (GSS 1972)	8
Split 2: Eigene/allgemeine wirtschaft- liche Lage/Entwicklung	ALLBUS 82, 84, 86 (Frage 1-2: Berger u.a. 1972) (Frage 4: Konrad- Adenauer-Stiftung 1973)	1-4
Gerechter Anteil	ALLBUS 80, 82 (DIVO 1965)	4a
Interessenskonflikte	ALLBUS 80 (z.T. Zapf u.a. 1978)	5
Einstellungen und Kontakte zu Gastarbeitern	ALLBUS 80, 84, 88	6,7
Politische Probleme	ALLBUS 80 (z.T. Rabier 1979)	9
Wahlruckerinnerung	ALLBUS 84,86,88	10-15

5.1.1. Einstellungen zur Verwaltung

Die Fragen in diesem Bereich zielen auf die Beurteilung der internen Arbeitsweisen und der Arbeitsergebnisse von Behörden, auf die Verhaltensweisen der Behörden/Beamten gegenüber ihren Klienten und auf die Einschätzung der eigenen Verhandlungsposition gegenüber diesen. Die Analyse dieser Fragen im ALLBUS 1980 (vgl. die Beiträge von Mayntz und Feick 1982) zeigt Unterschiede in den Beurteilungen der einzelnen Items von Frage 2: so fällt die summarisch-generalisierende Beurteilung der Arbeitsweisen von Behörden positiver aus als die spezifischen Beurteilungen einzelner Aspekte. Die relativ hohe summarische Zufriedenheit wird offenbar durch die vorwiegend positive Beurteilung des Beamtenverhaltens bestimmt. Es zeigen sich weiterhin z.T. erhebliche Unterschiede bei der Beurteilung der verschiedenen Items in den einzelnen Alters- und Bildungsgruppen. Deutlich wird dies besonders bei den Antworten auf die Fragen nach den Beschwerdemöglichkeiten (2c) und nach der Konfliktbereitschaft (2f). Hier sehen jüngere Befragte einen Mangel an Beschwerdemöglichkeiten, welcher offenbar auf eine andere Erwartungshaltung zurückzuführen ist (Postmaterialismus). Weiterhin zeigt sich, daß gerade diese Befragten am konfliktbereitesten sind. Die Replikation dieser Fragen erlaubt es zu untersuchen, ob und inwieweit es sich bei diesen kritischen Einstellungen und Haltungen um festgefügte Dispositionen handelt, die eine dauerhaft prekäre Beziehung zur Verwaltung begründen, oder lediglich um eine spezifische Haltung in einer spezifischen Lebensphase.

Die Einstellungen gegenüber Behörden und Polizei (Fragen 3-6) wurden bereits 1959 von Almond & Verba, 1977 im ZUMABUS und 1980 im ALLBUS erhoben. Über diesen Zeitraum zeigt sich einerseits, daß der Verwaltung und der Polizei mehr Gerechtigkeit im Sinne von gleicher Behandlungsweise unterstellt wird, daß diesen Institutionen aber andererseits immer weniger zugetraut wird, offen gegenüber individuellen Anliegen zu sein. Die Replikation dieser Fragen im ALLBUS 1990 führt diese Zeitreihen fort und gibt Auskunft darüber, ob und inwieweit die beschriebenen Trends sich fortgesetzt haben.

Im ALLBUS 1980 wurde auch erhoben, ob die Befragten im letzten Jahr Kontakt zu einer Reihe von Behörden/Ämtern hatten. Auf die Replikation dieser Frage wurde 1990 verzichtet, da Zusammenhänge zwischen spezifischen Behördenkontakten im vorangegangenen Jahr und den allgemeinen, nicht-behördenspezifischen Einstellungsfragen zum einen theoretisch wenig plausibel sind. Zum anderen zeigen auch die empirischen Befunde (vgl. Feick & Mayntz, 1982) keine besonders starke Beziehung.

5.1.2. Freundschaftsbeziehungen

Im ALLBUS 1980 wurden einige Angaben über die Zusammensetzung des Freundes- bzw. Bekanntenkreises der Befragten in zwei Splitversionen erhoben. Die einleitende Frage in Split A zielte auf die Personen, mit denen der Befragte "am häufigsten privat zusammen" ist, während in Split B auch der emotionale Aspekt der Beziehung angesprochen wurde, indem nach den Personen gefragt wurde, mit denen man "näher befreundet" ist.

Eine erste Überprüfung der Effekte der unterschiedlichen Frageformulierungen in den beiden Splitversionen hat gezeigt, daß offenbar unterschiedliche egozentrierte Netzwerke mit diesen erfaßt werden. So ist der Anteil der mit dem Befragten verwandten Freunde bzw. Bekannten bei Frageversion A höher als bei der Frage nach den Personen, mit denen man "näher befreundet" ist. Im ALLBUS 1990 wurde Frageversion A repliziert, um - bedingt durch die Frageformulierung - nicht die verwandten Personen unterzuerfassen.

Für die drei Personen wurden die Merkmale Geschlecht, Alter, (eventuelles) Verwandtschaftsverhältnis zum Befragten, Erwerbs- und Berufstätigkeit sowie die Parteipräferenz erhoben (Fragen 16-21). Weiterhin wurde erfaßt, ob sie sich untereinander gut kennen. Mit diesen Daten lassen sich u. a. Aussagen über das Ausmaß der Übereinstimmung in den Merkmalen des Befragten und seiner Bekannten, dieser untereinander sowie über die Offenheit bzw. Geschlossenheit des Bekanntenkreises machen (vgl. etwa Ziegler 1982).

5.1.3. Politische Einstellungen

In diesem Bereich wurde aus dem ALLBUS 1980 die Frage 9 repliziert, welche vier Items zu politischen Streitfragen beinhaltet. Hier sind insbesondere Veränderungen bei der Frage nach der Weiterentwicklung der Atomenergie (Tschernobyl) zu erwarten. Die Items nach der Wiedereinführung der Todesstrafe und nach der Freigabe der Abtreibung sind auch im Zusammenhang mit dem Fragenmodul "Sanktion und abweichendes Verhalten" relevant. Ebenfalls aus dem ALLBUS 1980 wurden die Fragen 26 (Steuersenkungen oder Sozialleistungen) und 27 (Einstellung zum Ausmaß von Regelungen durch Gesetze und Behörden) in das Fragenprogramm des ALLBUS 1990 aufgenommen. Beide Fragen sind auch für den Bereich der Einstellungen zur öffentlichen Verwaltung von Interesse. Die Frage nach der unkonventionellen politischen Partizipation wurde bereits mehrfach in anderen Studien (1974 u. 1980 Allerbeck/Kaase/Klingemann und 1985/86 Kaase) und 1988 im ALLBUS erhoben. Sie erlaubt es, mögliche Zusammenhänge zwischen verschiedenen Formen politischer Beteiligung und abweichendem Verhalten zu untersuchen.

Zusammen mit den fast regelmäßig im ALLBUS enthaltenen Fragen nach

- dem politischen Interesse,
- der Links-rechts-Einstufung,
- den Inglehart-Items,
- der Wahlabsicht,
- der Wahlrückerinnerung
- und der Parteiidentifikation

lassen sich mit den oben genannten Fragen Modelle entwickeln, welche über politische Grundorientierungen und Werthaltungen, über die Parteiidentifikation sowie spezifische Issue-Orientierungen etwa die Wahlabsicht erklären können. Weiterhin lassen sich mit den erhobenen Daten die Wählerpotentiale der einzelnen Parteien detailliert beschreiben. Da der ALLBUS 1990 etwa ein halbes Jahr vor der Wahl zum Deutschen Bundestag erhoben wurde (wie auch der ALLBUS 1980 in etwa gleichem Abstand vor der Bundestagswahl 1980 durchgeführt wurde), lassen sich - für das Gebiet der alten Bundesrepublik - die politischen Konstellationen im Vorfeld beider Wahlen miteinander vergleichen.

5.1.4. Fragenbereich AIDS

Bei diesem Fragenkomplex handelt es sich um einen Teil der Fragen zur Problematik "AIDS" aus dem ALLBUS 1988, welche damals schon mit der Absicht einer baldigen Replikation in das Fragenprogramm aufgenommen wurden. Für das Fragenprogramm des ALLBUS 1990 wurden ausgewählt: die Fragen bzgl. der unterschiedlichen präventiven Strategien, d.h. die Einstellungen zu staatlichen Maßnahmen gegenüber infizierten Personen (Frage 34) und die individuellen Verhaltensänderungen, welche die Befragten zum Schutz vor einer Ansteckung ergriffen haben (Fragen 36 und 37). Da Einstellungen und Verhaltensweisen auch von der Behandlung des Themas in den Medien und der persönlichen Betroffenheit mit beeinflußt werden, wurde auch erhoben, ob der Befragte in der letzten Woche über die Medien etwas zum Thema gehört hat (Frage 33) und ob er persönlich AIDS-infizierte Personen kennt (Frage 38). Unter diesem Aspekt wurde auch die Besorgnis des Befragten, daß er selbst sich infizieren könnte, erfragt (Frage 35).

5.1.5. Weitere Einstellungsfragen

Neben den beschriebenen Replikationsfragen, die als größere geschlossene Fragenblöcke aufgenommen wurden, enthält der ALLBUS 1990 noch eine Reihe von Einzelfragen, die aber auch im Zusammenhang mit anderen inhaltlichen

Schwerpunkten des ALLBUS 1990 untersucht werden können. Diese werden im folgenden kurz vorgestellt:

- Skala zur Messung von Interessenkonflikten zwischen verschiedenen Gruppen (Frage 5, Split 2)

Diese Item-Batterie wurde im ALLBUS 1980 in zwei Split-Versionen erhoben. In Frageform A wurde nach "Interessenkonflikten", in Frageform B nach "Interessengegensätzen" gefragt. Die Items 1,2,3,5,6,9 und 10 wurden dem Wohlfahrtssurvey 1978 entnommen (die übrigen Items wurden für den ALLBUS neu entwickelt), in welchem die Frage mit der Formulierung nach den "Interessenkonflikten" erhoben wurde. Diese Frage wurde im ALLBUS 1990 repliziert, um die ältere, 1978 begonnene Zeitreihe fortzuführen.

In Zusammenhang mit den aktuellen Fragen (vgl. Abschnitt 5.3.) wurde die Batterie um zwei Items (Bundesbürger vs. Übersiedler, Bundesbürger vs. Aussiedler) ergänzt.

- Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche (Frage 1, Split 1)

Die Frage wurde bisher im ALLBUS 1980, 1982 und 1986 erhoben. Sie kann dazu dienen, verschiedene Thesen der Wertewandelsdiskussion empirisch zu überprüfen (z. B. Bedeutungsverlust der Berufsarbeit).

- Einstellungen und Kontakte zu Gastarbeitern (Frage 6+7, Split 2)

Diese Fragen, die bisher 1980, 1984 und 1988 gestellt worden waren, wurden im Rahmen des 10-Jahres-Vergleichs erneut ins Frageprogramm aufgenommen. Ergänzt wurden sie diesmal durch eine Frage zum Nutzen der Anwesenheit der Gastarbeiter für die BRD (Frage 8, Split 2), um Querverbindungen zu den neuen Fragen über die Aus- und Übersiedler zu schaffen.

- Schwangerschaftsabbruch (Frage 8, Split 1)

Diese Frage wurde im ALLBUS 1982 und 1986 erhoben. Um den 4-jährigen Replikationsrhythmus beizubehalten, wurde diese Frage auch 1990 einbezogen. Mit diesen drei Meßzeitpunkten läßt sich analysieren, ob der Rückgang der liberalen Einstellungen in bezug auf die sozialen Indikationen, der zwischen 1982 und 1986 zu beobachten ist, sich auch bis 1990 fortgesetzt hat.

- Anomie (Frage 7, Split 1)

Diese Skala wurde bislang fast jedes Jahr im General Social Survey (GSS) in den USA erhoben. Die Replikation dieser, auch im Frageprogramm des ALLBUS 1982 enthaltenen Frage, baut somit eine deutsche Zeitreihe auf und ermöglicht einen Vergleich mit den USA auch unter der Perspektive des sozialen Wandels.

- Kriminalitätsfurcht (Fragen S65 + S66)

Ebenfalls ein GSS-Vorbild haben die Fragen zur Furcht in der Nachbarschaft und am Wohnort, die bisher nur im ALLBUS 1982 erhoben wurden. 1990 wurden sie im Zusammenhang mit dem Themenschwerpunkt 'Sanktion und abweichendes Verhalten' wieder ins Fragenprogramm aufgenommen.

- Wirtschaftliche Lage (Fragen 1 bis 4, Split 2)

Diese Fragen zur Einschätzung der allgemeinen und persönlichen wirtschaftlichen Lage und den entsprechenden Zukunftsaussichten wurden erhoben, um den ALLBUS-internen vierjährigen Replikationsrhythmus fortzuführen. Neben der Bedeutung als Zeitreihe sind diese Fragen auch als erklärende Variablen für den Bereich der politischen Einstellungen von Interesse. Ergänzt und abgerundet wird dieser Bereich durch eine Frage danach, ob der Befragte glaubt, im Vergleich zu anderen seinen "gerechten Anteil" zu erhalten.

5.2. Schwerpunktthema 'Sanktion und abweichendes Verhalten'

5.2.1. Überblick

Das Modul "Sanktion und abweichendes Verhalten" enthält Fragen zu den folgenden Bereichen (zur Herkunft der Fragen und ggf. ihren Originalformulierungen vgl. die Übersicht 4 am Ende von Kapitel 5.2. sowie Übersicht II im Anhang):

1. Die moralische Bewertung von 29 verschiedenen Verhaltensweisen.
2. Das Verlangen nach einer rechtlichen Sanktionierung für elf der unter 1. erfaßten Verhaltensweisen.

3. Der Wunsch nach einem gesetzlichen Verbot für sechs der unter 1. erfaßten Verhaltensweisen.
4. Das Wissen über den legalen Status von drei der unter 1. erfaßten Verhaltensweisen.
5. Die Anzeigebereitschaft für fünf der unter 1. erfaßten Verhaltensweisen.
6. Die selbstberichtete Delinquenz der Befragten für vier der unter 1. erfaßten Verhaltensweisen
7. Die Einschätzung der Entdeckungswahrscheinlichkeit bei Ausführung der unter 6. erfaßten Delikte
8. Einige zusätzliche Einzelfragen, mit denen folgende Aspekte erfaßt werden:
 - Viktimisierung (in bezug auf Diebstahl)
 - Einstellung zur allgemeinen Norm "Gesetzestreue"
 - Wichtigkeit von Strafe zusätzlich zur Schadenswiedergutmachung
 - Einstellung zum Zweck von Strafen

Mit Hilfe dieses Fragenmoduls kann insbesondere zwei Fragestellungen nachgegangen werden: Zum einen kann durch die Erfassung der moralischen Bewertung, des Sanktionsbedürfnisses und der Anzeigebereitschaft die Unterstützung verschiedener rechtlicher und außerrechtlicher Verhaltensnormen durch die Bevölkerung ermittelt werden. Zum anderen können delinquentes Verhalten und seine Bedingungen (Akzeptanz von Normen und/oder Erwartung von Sanktionen) untersucht werden.

In der Übersicht 3 auf der folgenden Seite sind die Fragen der Dimensionen 1. bis 7. tabellarisch aufgeführt. Eine 1 oder 2 gibt an, in welchem Split die betreffende Variable enthalten war. Die Gruppierung der einzelnen Verhaltensweisen zu verschiedenen "Delikt"-gruppen stellt nur eine mögliche Form ihrer Zusammenfassung dar. Sie soll hier primär einen besseren Überblick ermöglichen.

Übersicht 3: Fragenschwerpunkt 'Sanktion und abweichendes Verhalten'

Verhaltens- weise	Dimension	Morali- sche Be- wertung	Sanktions- bedürfnis	Wunsch nach gesetzl. Verbot	Wissen von gesetzl. Regelung	Anzeige- bereit- schaft	Eigene Delin- quenz	Entdeckungs- wahrschein- lichkeit
<hr/>								
<u>Vergehen gegen Ge- sundheit und Leben</u>								
1. Körperverletzung		1	1					
2. Gewalt gegen Kinder		1		1				
3. Abtreibung		1		1				
4. Aktive Sterbehilfe		1		1				
5. Vergewaltigung i. Ehe		2		2				
6. Gewalt in Ehe		2						
<u>Eigentums- und Ver- mögensdelikte</u>								
7. Steuerhinterziehung		1/2	2			2	1/2	1/2
8. Schwarzfahren		1/2					1/2	1/2
9. Kaufhausdiebstahl		1/2	1				1/2	1/2
10. Diebst. a. Arbeitspl.		1						
11. Schwarzarbeit		1	1					
12. Einbruchdiebstahl		2	2			2		
13. Falsch. Wechselgeld		2			2			
<u>Wirtschaftskriminalität</u>								
14. Falsche Markenartikel		1	1					
15. Subventionsschwindel		1						
16. Umgehen von Arbeits- schutzvorschriften		2	2					
17. Steuerflucht		2			2			
<u>Umweltdelikte</u>								
18. Giftige Chemieabfälle		1	1					
19. Farbreste auf wilder Müllkippe		2	2			2		

Verhaltens- weise	Dimension	Morali- sche Be- wertung	Sanktions- bedürfnis	Wunsch nach gesetzl. Verbot	Wissen von gesetzl. Regelung	Anzeige- bereit- schaft	Eigene Delin- quenz	Entdeckungs- wahrschein- lichkeit
<hr/>								
<u>Verkehrsdelikte</u>								
20. Alkohol a. Steuer		1/2					1/2	1/2
21. Unterlassene Hilfe- leistung		1	1					
22. Unfallflucht		2	2			2		
<u>Polit. motiv. Delikte</u>								
23. Nicht genehmigte Demonstration		1						
24. Widerstand gegen Staatsgewalt		2						
25. Diskriminierung von <u>Ausländern</u>		2			2			
<u>"Opferlose" Vergehen</u>								
26. Alkoholmißbrauch		1						
27. Haschischkonsum		2		2		2		
28. Ehebruch		1						
29. Homosexualität		2		2				

5.2.2. Die Unterstützung verschiedener Verhaltensnormen

Mit Hilfe der Fragen zur moralischen Bewertung verschiedener Verhaltensweisen, zum Sanktionsbedürfnis und zur Anzeigebereitschaft kann untersucht werden, inwieweit verschiedene Verhaltensnormen in der Bevölkerung Unterstützung finden.

Ausgehend von einer operationalen Definition von Devianz als Verhalten, das von der Mehrheit der Menschen in einer gegebenen sozialen Gruppe als nicht akzeptabel eingestuft wird (vgl. Tittle 1980), kann anhand der Frage zur moralischen Bewertung (F39) festgestellt werden, ob eine bestimmte Verhaltensnorm überhaupt in der Bevölkerung bzw. in einzelnen Subpopulationen Gültigkeit besitzt, anders ausgedrückt: ob eine bestimmte Verhaltensweise überhaupt als abweichend eingestuft wird. Die formulierten Items umfassen eine breite Palette von "moralisch" mehr oder weniger umstrittenen Verhaltensweisen.

Neben Delikten gegen Gesundheit und Leben, Eigentums- und Vermögensdelikten, Wirtschaftsstraftaten, Umwelt- und Verkehrsdelikten und politisch motivierten Delikten wurden auch einige opferlose Vergehen aufgenommen. Bei der Auswahl der Verhaltensweisen wurden mehrere Kriterien berücksichtigt.

So wurden zum einen Delikte ausgewählt, die entweder häufig vorkommen (z.B. Alkohol am Steuer) oder deren Verbreitung in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat (z.B. Kaufhausdiebstahl, Schwarzfahren, Rauschgiftkonsum; vgl. Haferkamp 1987).

Zum anderen wurden neben rechtlich sanktionierten Vergehen auch Verhaltensweisen aufgenommen, die gesetzlich erlaubt und nur durch informelle Sanktionen bedroht sind (z.B. Ehebruch, Homosexualität). Dadurch kann u.a. auch der Frage nach der Übereinstimmung bzw. Diskrepanz zwischen außerrechtlichen Verhaltensnormen und bestehenden rechtlichen Regelungen nachgegangen werden.

Ein Teil der einbezogenen Verhaltensweisen gewinnt zudem besondere Aktualität dadurch, daß über ihre Kriminalisierung bzw. Entkriminalisierung öffentliche Diskussionen stattfinden (z.B. Gewalt gegen Kinder, Abtreibung, Sterbehilfe, Haschischkonsum, Vergewaltigung in der Ehe), wobei sowohl konservative Gruppen als auch die neuen sozialen Bewegungen häufig eine Verallgemeinerung ihrer Werte über Strafrechtsänderungen fordern (vgl. Scheerer 1986).

Der daher insbesondere für diese Verhaltensweisen interessante Aspekt, ob bestimmte Normen einen Geltungsanspruch für die Allgemeinheit haben und gegebenenfalls mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden sollen, wird in den Fragen F40 und F41 erfaßt. Für elf Verhaltensweisen sollten die Befragten hier angeben, ob und wie sie ihrer Meinung nach gesetzlich bestraft werden sollten; für sechs weitere Verhaltensweisen wurde lediglich gefragt, ob sie gesetzlich verboten sein sollten oder nicht. Auch wenn zu erwarten ist, daß das Sanktionsbedürfnis stark mit dem moralischen Urteil variiert, sind dennoch Inkongruenzen zwischen beiden denkbar. So kann einerseits jemand mit einer liberalen Einstellung auch für eine Verhaltensweise, die er für moralisch verwerflich hält, kein Verlangen nach einer Sanktionierung äußern. Andererseits kann jemand eine Verhaltensweise für moralisch unbedenklich halten, aber dennoch aus zweckrationalen Gründen für eine gesetzliche Sanktionierung votieren (z.B. "Steuerhinterziehung ist zwar nichts Schlimmes, aber wenn jeder das tun würde...").

Während für die Verhaltensweisen, bei denen eine öffentliche Diskussion über ihre Kriminalisierung bzw. Entkriminalisierung zu beobachten ist, nur die Befürwortung bzw. Ablehnung eines gesetzlichen Verbotes (F 41) erfaßt wird, wird in den Antwortkategorien der Frage F 40 zwischen der Nicht-Bestrafung und einer niedrigen bzw. hohen Geldstrafe sowie einer Gefängnisstrafe mit bzw. ohne Bewährung differenziert. Diese Sanktionsformen unterscheiden sich darin, wie stark mit ihnen eine Stigmatisierung als "kriminell" einhergeht. Dadurch kann z.B. untersucht werden, ob bei einigen eher "klassischen" Delikten (wie z.B. dem Einbruchdiebstahl) eine stärkere Tendenz besteht, durch die Forderung nach einer Gefängnisstrafe eine Verhaltensweise als kriminell zu etikettieren, als z.B. bei einem "white-collar"-Vergehen wie dem Subventionsschwindel.

Für einige Verhaltensweisen wird außerdem die Anzeigebereitschaft - also die Bereitschaft, den formalen Sanktionsapparat einzuschalten - erfaßt (F43 in Split 2). Diese spezielle Form, aktiv für die Durchsetzung einer Norm einzutreten, geht über die bloße Akzeptanz der betreffenden Norm hinaus und setzt in der Regel auch das zusätzliche Vorhandensein eines Strafbedürfnisses voraus. Die Frage ist natürlich nur bei solchen Verhaltensweisen sinnvoll, die derzeit tatsächlich rechtlich sanktioniert werden.

Für drei Verhaltensweisen, deren legaler Status zumindest in den Augen der Bevölkerung umstritten sein dürfte, wird schließlich auch noch die Einschätzung der faktischen Gesetzeslage erfaßt (Frage F42 in Split 2). Mit Hilfe dieser Information kann geprüft werden, inwieweit die moralische Bewertung und auch das Sanktionsbedürfnis abhängig sind von der Wahrnehmung bestehender gesetzlicher Regelungen.

5.2.3. Delinquentes Verhalten und seine Bedingungen

Nach einer Theorie von Opp (vgl. Opp 1973) stellen der Grad der Akzeptanz einer Gesetzesnorm und der Grad der erwarteten negativen Sanktionen bei Nichteinhaltung der Norm die beiden grundlegenden Bedingungen für die Befolgung bzw. Nichtbefolgung von Gesetzen dar. Nach dieser Theorie ist zu erwarten, daß eine Person sich desto eher delinquent verhalten wird, je weniger sie eine gesetzliche Norm akzeptiert und je geringer die erwarteten negativen Sanktionen bei Nichteinhaltung der Gesetzesnorm sind. Der Grad der erwarteten negativen Sanktionen hängt dabei sowohl von der Wahrscheinlichkeit ab, mit der die Person mit negativen Sanktionen bei einer Übertretung rechnet, als auch von der perzipierten Schwere der Sanktionen.

Eine empirische Überprüfung dieser Hypothesen ist bisher fast ausschließlich an Schüler- bzw. Studenten-Populationen vorgenommen worden. Wenn in einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage dieser Fragestellung nachgegangen wird, dann erscheint es sinnvoll, sich auf einige "leichte" Delikte zu beschränken. Für diese Vorgehensweise sprechen sowohl erhebungstechnische Gründe (Vermeidung von Problemen bei der Interviewdurchführung) als auch der Umstand, daß die ausgewählten Vergehen häufiger vorkommen sollten, um eine genügende Varianz der abhängigen Variablen zu gewährleisten. Wir haben deshalb 'Schwarzfahren', 'Trunkenheit am Steuer', 'Steuerhinterziehung' und 'Kaufhausdiebstahl' ausgewählt. Die Einbeziehung dieser Delikte hat überdies den Vorteil, daß auf eine aufwendige Erfassung der jeweiligen Gelegenheitsstruktur verzichtet werden kann. Lediglich eine Frage nach dem Führerscheinbesitz ist zusätzlich zu den ohnehin standardmäßig erhobenen demographischen Merkmalen (Erwerbstätigkeit, Wohnort) notwendig.

Für die genannten delinquenten Verhaltensweisen wird zum einen ermittelt, wie oft die Befragten so etwas tatsächlich schon getan haben (Frage F44A). Zum anderen wird erfaßt, ob die Befragten sich derzeit vorstellen könnten, so etwas unter Umständen (wieder) zu tun (Frage F44B). Beide Tatbestände wurden mit der sogenannten "sealed-envelope"-Technik erfaßt, um die Tendenz zu sozial erwünschtem Antwortverhalten bzw. Antwortverweigerungen zu minimieren.

Die zusätzliche Erfassung der gegenwärtigen Bereitschaft zur Ausführung der Delikte erfolgte, um einer methodischen Kritik an der Überprüfung der oben genannten Hypothesen an Querschnittsdaten zu begegnen. Der Einwand, der gegen diese Vorgehensweise formuliert wird, betrifft die Inkongruenz von Kausalanordnung und zeitlicher Anordnung der Variablen. Wird nur die tatsächliche Delinquenz ermittelt, dann liegt die abhängige Variable in der Vergangenheit (häufig sogar in einer weit zurückliegenden Vergangenheit - "Jugendsünde"), die unabhängigen Variablen "internalisierte Normen" und

"erwartete Sanktionen" dagegen in der Gegenwart. In der Analyse kann dies insofern zu Problemen führen, als bei vorgefundenen Zusammenhängen zwischen unabhängigen und abhängigen Variablen nicht ausgeschlossen werden kann, daß - entgegen der im Modell postulierten Richtung - auch das Verhalten die Attitüden beeinflusst. Wie die Ergebnisse neuerer amerikanischer Panel-Studien belegen, ist dies empirisch tatsächlich der Fall. So fanden z.B. Paternoster und Iovanni (1986), daß nach begangener Delinquenz, die nicht entdeckt wurde, eine Reduzierung der erwarteten Sanktionswahrscheinlichkeit stattfand ("reduction of fear"-Hypothese). Durch die Erfassung der gegenwärtigen Verhaltensbereitschaft können diese Probleme zwar nicht völlig ausgeschlossen, aber doch gemildert werden.

Was die Erfassung der unabhängigen Variablen des Modells zur Erklärung delinquenten Verhaltens betrifft, wird die Akzeptanz der betroffenen Normen im Rahmen der Frage nach der moralischen Bewertung verschiedener Verhaltensweisen erhoben (Frage F39). Im Fall des Ladendiebstahls war hier allerdings gegenüber der Frage nach dem tatsächlichen Verhalten eine Konkretisierung in Form der Angabe der Schadenshöhe erforderlich, da die moralische Bewertung stark in Abhängigkeit von diesem Faktor variieren dürfte.

Die erwartete Sanktionswahrscheinlichkeit wird deliktspezifisch jeweils durch die Frage nach der Einschätzung der Entdeckungswahrscheinlichkeit bei der hypothetischen Ausführung des betreffenden Verhaltens erfaßt (Frage F45). Auf die Erhebung der anderen Komponente der Sanktionserwartung, der erwarteten Sanktionsschwere, wurde verzichtet, da Untersuchungen belegen (vgl. Paternoster u.a. 1982), daß diese gegenüber der erwarteten Sanktionswahrscheinlichkeit nur von deutlich nachgeordneter Bedeutung ist. Die eher geringe Bedeutung dieser Variablen stünde in keinem rechten Verhältnis zu dem erhebungstechnischen Aufwand, der für eine korrekte Erfassung notwendig gewesen wäre. Neben den erwarteten formalen Sanktionen hätten deliktspezifisch jeweils auch die erwarteten informellen Sanktionen erfaßt werden müssen.

5.2.4. Zusätzliche Einzelindikatoren

Mit verschiedenen Einzelindikatoren werden noch einige weitere Aspekte des Themas "Sanktion und abweichendes Verhalten" erfaßt. In einer Frage (F 50) wird erhoben, ob der Befragte in den vergangenen drei Jahren Opfer eines Diebstahls wurde. Mit Hilfe dieser Information kann z.B. geprüft werden, ob zwischen persönlichen Viktimisierungserfahrungen und der moralischen Bewertung abweichenden Verhaltens sowie insbesondere dem Sanktionsbedürfnis ein Zusammenhang besteht.

In drei Fragen wird die Problematik des Strafens angesprochen. Erfasst wird zum einen, ob der Befragte der Ansicht ist, daß man durch harte Strafen die Kriminalität senken kann (F 52). Zum anderen sollten aus fünf vorgegebenen möglichen Zwecken von Strafen die beiden wichtigsten ausgewählt werden (F 53). Beide Variablen dürften insbesondere für die Erklärung des Sanktionsbedürfnisses von Interesse sein. In einer dritten Frage (F 49) wird erhoben, für wie wichtig die Bestrafung eines Täters zusätzlich zur Wiedergutmachung des Schadens erachtet wird. Die Problematik von restitutiven versus punitiven Reaktionen auf Straftaten wird in den letzten Jahren sowohl in der Kriminologie als auch in der Strafrechtspraxis diskutiert.

Schließlich wird in einer weiteren Frage (F 51) noch die allgemeine Einstellung zur Befolgung von Gesetzen erfasst. Diese Variable kann u.a. einen Beitrag zur Analyse der Bedingungen konformen Verhaltens leisten. So ist z. B. denkbar, daß die Akzeptanz der übergeordneten Norm "Gesetzestreue" dazu führt, daß auch bei fehlender Internalisierung von deliktspezifischen Normen kein delinquentes Verhalten auftritt.

Übersicht 4: "Sanktion und abweichendes Verhalten" - Herkunft der Fragen

Frage	Quelle ¹⁾	Fragennummer
Moralische Bewertung abweichenden Verhaltens	Neuformulierung Ausnahme: 6 Items aus Kaupen 1970 (modifiziert)	F 39 Split 1 F 39 M, Q, R Split 2 F 39 O, P, Q
Sanktionsbedürfnis/Wunsch nach gesetzlichem Verbot	Neuformulierung Ausnahme: 3 Items aus Kaupen 1970 (modifiziert)	F 40, F 41 Split 1 F 40 M, R Split 2 F 41 O
Wissen von gesetzlicher Regelung	Neuformulierung Ausnahme: 1 Item aus Kaupen 1970 (modifiziert)	F 42 F 42 (2)
Anzeigebereitschaft	Neuformulierung	F 43
Delinquentes Verhalten	Neuformulierung Ausnahme: 2 Items aus ZUMABUS 1982 (modifiziert)	F 44 F 44, A1, A3
Entdeckungswahrscheinlichkeit	Neuformulierung	F 45 - F 48

Frage	Quelle ¹⁾	Fragennummer
Strafe zusätzlich zu Wiedergutmachung	Neuformulierung	F 49
Opfer eines Diebstahls	IfD Allensbach 1975 (modifiziert)	F 50
Einstellung zur Befolgung von Gesetzen	Neuformulierung	F 51
Harte Strafen, um Kriminalität zu senken	Kaupen 1970	F 52
Strafzwecke	Kaupen 1970	F 53

1) Zu den Originalformulierungen der modifizierten Replikationsfragen vgl. Übersicht II im Anhang

5.3. Aktuelle Fragen im ALLBUS 90

Von seiner Konzeption her soll sich der ALLBUS auf die Abbildung langfristigen, strukturellen Wandels konzentrieren. Dabei sollten aber neue Entwicklungen flexibel aufgegriffen werden können. Dies hatte bereits im ALLBUS 1988 zur Aufnahme eines neuen Fragenblocks zum Thema AIDS geführt, der 1990 mit den wesentlichen Indikatoren zum ersten Mal repliziert worden ist.

Zur Zeit der Vorbereitung des Fragenprogramms war eine Berücksichtigung von Fragen zur Vereinigung beider deutscher Staaten sowie zur Reaktion der Bevölkerung auf den verstärkten Zuzug von Übersiedlern, Aussiedlern und Asylsuchenden (vgl. Übersicht 6) besonders dringend.

Die Frage nach 'Gesamtstaatlichkeit' versus 'zwei unabhängige Staaten' (F54) stand zur Zeit der Umfrage im Zentrum der gesellschaftspolitischen Diskussion in der ehemaligen Bundesrepublik. Es war zu erwarten, daß konservativ eingestellte Bürger die Gesamtstaatlichkeit präferierten, während sich diejenigen mit einer linken politischen Orientierung eher für zwei unabhängige Staaten aussprachen in der Hoffnung, daß sich in der ehemaligen DDR ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus realisieren ließe. Die Fragen zum Zuzug von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa, von Asylsuchenden, von Arbeitnehmern aus EG-Staaten und aus Nicht-EG-Staaten (F55) und zum Nutzen des Zuzugs bzw. der Anwesenheit von

Übersiedlern (F56), deutschstämmigen Aussiedlern (F57) und Gastarbeitern (F8, Split 2) für die Bundesrepublik sind für die Erforschung von Fremdenfeindlichkeit von großer Bedeutung und ergänzen die Gastarbeiter-Fragen des ALLBUS.

Durch die Einbeziehung der Ostdeutschen in die ALLBUS-Grundgesamtheit dürften die Zuzugsfragen in Zukunft für die Untersuchung der Fremdenfeindlichkeit noch wichtiger werden. Lediglich die entsprechende Frage nach dem Zuzug von Übersiedlern aus der DDR wird zumindest in dieser Form künftig nicht mehr gestellt werden können.

Übersicht 5: Aktuelle Fragen im ALLBUS 1990 - Herkunft der Fragen

Frage	Quelle	Fragen-nummer
Gesamtstaatlichkeit vs. zwei unabhängige Staaten	Politbarometer 12/1985	F54
Einstellung zum Zuzug verschiedener Personen- gruppen	Neuformulierung	F55
Zuzug von Über-/Aussiedlern von Vorteil oder von Nachteil für BRD	Neuformulierung	F56, F57

5.4. Demographie

Die im Rahmen des ALLBUS-Fragenprogramms erhobenen demographischen Variablen umfassen ca. 20 Minuten. Generell enthält der Demographieteil des ALLBUS einen konstanten Block von Standardvariablen und einen Block, der speziell auf die jeweiligen ALLBUS- und ISSP-Schwerpunktthemen zugeschnitten ist und somit von Umfrage zu Umfrage variiert.

Die Themen des ALLBUS 1990 erforderten lediglich die Aufnahme einiger weniger spezieller Fragen in den Demographieteil. Für den Schwerpunkt "Sanktion und abweichendes Verhalten" wurde wegen des Delikts "Alkohol am Steuer" der Führerscheinbesitz (S71) erfaßt, für die aktuelle Aus- und Übersiedlerproblematik die geographische Herkunft des Befragten (S58).

Die übrigen Variablen werden - aus verschiedenen Gründen - standardmäßig im ALLBUS erfaßt. In diesem Standard-Variablen-Block werden unter anderem Merkmale erhoben, die als Erklärungsfaktoren vielseitig verwendet werden

können (vor allem Informationen über Bildung, Erwerbstätigkeit, Familie und Haushalt des Befragten). Die Variablen zu Bildung und Beruf der Eltern sollen insbesondere Mobilitäts- und Sozialisationsanalysen ermöglichen.

Auch die Variablen, die zur Bildung der im ALLBUS angebotenen Indices benötigt werden, müssen jedes Mal erhoben werden. Hierzu gehören die Angaben zu zurückliegenden Berufstätigkeiten und zu Berufstätigkeiten von (Ehe-) Partner und Vater, die für die Konstruktion des sog. Einordnungsberufs notwendig sind. Beim Einordnungsberuf wird auch nicht-erwerbstätigen Befragten der für ihre soziale Einstufung relevante Beruf zur Kennzeichnung ihrer Lebensumstände zugewiesen (vgl. Pappi 1979, S. 297; zu den zwei im ALLBUS verwendeten Varianten des Einordnungsberufs, vgl. ALLBUS 1990 Codebuch, Note 18). Er wird auch verwendet, um im sog. Goldthorpe-Index, der 1990 erstmals als Variable im ALLBUS enthalten ist, die Befragten einem Klassenschema zuzuordnen (vgl. ALLBUS 1990 Codebuch, Note 19).

Für die Bildung der Haushalts- und Familientypologien werden nähere Angaben zu den Haushaltsmitbewohnern des Befragten benötigt, vor allem Informationen über das Verwandtschaftsverhältnis dieser Personen zum Befragten, ihren Familienstand und ihr Alter. Die Neuaufnahme dieser Typologien im ALLBUS 1990 (vgl. ALLBUS 1990 Codebuch, Note 20) erforderte auch die Ergänzung der Antwortkategorie 'Stiefvater/Stiefmutter' bei der Frage S61B zum Verwandtschaftsverhältnis.

Schließlich müssen noch im Rahmen des ISSP verschiedene Variablen standardmäßig erhoben werden. Die meisten gehören ohnehin zum ALLBUS-Standard, lediglich die Variablen 'Dauer der Schulbildung in Jahren' (S3) und 'Anzahl Untergetene' (S12) müssen speziell für das ISSP in jeder Umfrage erfaßt werden.

Einige der Standard-Demographievariablen werden seit 1990 in geänderten Form abgefragt. Diese Modifikationen sollen im folgenden kurz dokumentiert und begründet werden:

- Erwerbstätigkeit (S5/S15, S25/S29, S44/S47)
Die bisherige (einschließlich ALLBUS 88) Abfrage der Erwerbstätigkeit umfaßte die Kategorien:
 - Hauptberufliche Erwerbstätigkeit, ganztags
 - Hauptberufliche Erwerbstätigkeit, halbtags
 - Nebenher erwerbstätig
 - Arbeitslos
 - Wehr-/Zivildienstleistender
 - 1980, 1986, 1988: Nicht erwerbstätig.
 - 1982, 1984: nicht erwerbstätige/r Hausfrau/Hausmann

- 1982, 1984: Rentner, Pensionär
- 1982, 1984 Schüler, Student, Auszubildende/r
- 1982, 1984: Sonstige/r Nichterwerbstätige/r

Da z. B. im ALLBUS 88 fast 50 Prozent aller Befragten angaben, nicht erwerbstätig zu sein, hielten wir es für dringend erforderlich, diese große Gruppe hinsichtlich ihres genauen Status (Schüler/Student, Rentner/Pensionär, arbeitslos, Hausfrau/Hausmann, Wehr/Zivildienstleistender, aus anderen Gründen nicht erwerbstätig) aufzugliedern und dabei zu erfassen, ob jemand z. B. Rentner oder Hausfrau und gleichzeitig nebenher erwerbstätig ist. Diese zusätzliche Information war in den bisherigen Erwerbstätigkeits-Variablen nicht enthalten.

- Bis wann hauptberuflich erwerbstätig (S16, S30, S48)
Die Frage, bis wann bzw. ob jemand erwerbstätig war, wird nicht mehr den Monat und das Jahr erfassen, sondern sich auf die Jahresangabe beschränken.
- Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst (S10)
Die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst konnte bislang nur indirekt und nicht für alle Befragten eindeutig mit Hilfe der Branchenklassifikation ermittelt werden. Um hier eine eindeutige Zuordnung zu ermöglichen - immerhin arbeiten zur Zeit ca. 15 % aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst - wird die Zugehörigkeit ab 1990 direkt erfragt.

5.5. Der ISSP-Teil

1990 ist das ISSP in seine Replikationsphase eingetreten. In diesem Jahr wurde mit 'Rolle von Staat und Regierung (Role of Government)' zum ersten Mal eine ältere Studie wiederholt. Da die Umfrage des Jahres 1985 eine deutliche Überlänge hatte (ISSP-Standard sind 15 Minuten), mußte das Fragenprogramm auf etwa die Hälfte des ursprünglichen Umfangs reduziert werden. Um das behandelte Themenspektrum weiter abzurunden, wurden allerdings auch noch einige neue Items aufgenommen.

Der Inhalt des Fragebogens sollte sich konzentrieren auf die Dimensionen 'Bürgerrechte' (F1-F10, ISSP 85), 'Eingriffe des Staates in die Wirtschaft' (F26, F28, F32, ISSP 85) und 'Wohlfahrt' (F11, F12, F18, F19, F33, ISSP 85).

Den Fragen zu den Bereichen 'Wirksamkeit politischer Partizipation' (Political efficacy), 'Chancengleichheit' und 'Erziehung' sollte eine geringere Priorität eingeräumt werden.

Bei der Übernahme der Fragen aus dem ISSP 1985 sollte darauf geachtet werden, daß primär solche Items ausgewählt werden, die deutliche Unterschiede zwischen den Ländern erkennen lassen.

Darüber hinaus sollten bei der Auswahl der Fragen aus den o. g. Bereichen folgende methodischen Kriterien berücksichtigt werden:

- Um Kontexteffekte zu vermeiden, sollten Skalen nach Möglichkeit als ganze repliziert werden.
- Ebenfalls zur Vermeidung von Kontexteffekten sollte bei zwei inhaltlich zusammenhängenden Fragen eher die zweite als die erste gestrichen werden.
- Fragen mit unklarem Bedeutungsgehalt oder anderen Validitätsproblemen sollte eine geringere Priorität eingeräumt werden.
- Fragen, die vorwiegend wegen sprachlicher Unterschiede und nicht wegen faktischer sozialer Verschiedenheiten international unterschiedliche Ergebnisse erbracht haben, sollten eher entfallen.

Zur Untersuchung möglicher Kontexteffekte bei der Neugruppierung der Fragen wurde in den USA ein Pretest durchgeführt, bei dem jeweils 35 Personen mit dem alten und mit dem neuen Instrument befragt wurden. Die Ergebnisse wurden soweit wie möglich bei der Ausgestaltung des endgültigen Instruments berücksichtigt.

Die folgende Übersicht bietet - ausgehend vom Fragenprogramm des ISSP 1985 - einen Vergleich der in beiden Umfragen enthaltenen Variablen.

Übersicht 6: Vergleich der im ISSP 1985 und ISSP 1990 enthaltenen Variablen

	ISSP 1985 Frage-Nr.	ISSP 1990 Frage-Nr.
Pressefreiheit: Verteidigungspläne	1	gestrichen
Pressefreiheit: Wirtschaftsmaßnahmen	2	gestrichen
Gesetze immer befolgen	3	1
Protestaktionen	4	2* **
Toleranz gegenüber Revolutionären	5	3* (1 Item gestrichen)
Toleranz gegenüber Rassisten	6	4 (1 Item gestrichen)
Bürgerrechte: Vorbestrafter Verdächtiger	7	5
Bürgerrechte: Nicht-Vorbestrafter	8	gestrichen
Justizirrtum	9	6
Datenmißbrauch durch Staat	10	gestrichen
Steueranteil von Armen und Reichen	11	8
Staatsaufgabe: Ungleichheit verringern	12	9 (Item aus ISSP 1987) ¹⁾
Bildungsgerechtigkeit: Herkunft	13	gestrichen
Benachteiligung der Frau: Hochschule	14	19 (nur Deutschland)
Benachteiligung der Frau: Arbeitsmarkt	15	20 (nur Deutschland)
Benachteiligung der Frau: Gehalt	16	21 (nur Deutschland)

Staatsaufgabe: Gleichstellung	17	22 (nur Deutschland)*
Staatsausgaben	18	11
Steuer des Haushalts zu hoch	19	gestrichen
Erziehungsziele Schule	20	gestrichen
Bildungschancen vergrößern	21	gestrichen
Stipendien oder Darlehen	22	gestrichen->Item in F18
Staatseingriffe in Erziehungsprozeß	23	gestrichen
Gesetzliche Reglementierungen	24	gestrichen
Political efficacy	25	gestrichen
Wirtschaftspolitische Maßnahmen	26	10**
Besteuerung der Industrie	27	gestrichen
Inflation oder Arbeitslosigkeit	28	12
Macht der Gewerkschaften	29	13
Macht der Industrie	30	14*
Macht des Staates	31	15
Staatseinfluß in Wirtschaftsbereichen	32	17 (2 Items gestrichen)
Verantwortung des Staates im	33	18* ** (2 zusätzliche
Wirtschafts- und Sozialbereich		Items)
Sympathie gegenüber	nicht	7
Nonkonformisten/Extremisten	erhoben	
Bewertung der Gewerkschaften	nicht	16
	erhoben	

* Sprachliche Verbesserung im deutschen Fragebogen

** Änderung im deutschen Fragebogen mit Auswirkung auf den Sinngehalt

1) Statt der Frage aus dem ISSP 1985 wurde eine ähnliche, präziser formulierte Frage aus dem ISSP 1987 zu 'Soziale Ungleichheit' in den Fragebogen aufgenommen. Ein direkter Vergleich mit dem ISSP 1985 ist damit nicht mehr möglich. Im Hinblick auf zukünftige Meßzeitpunkte empfahl es sich jedoch, die sprachlich bessere Frage sofort zu übernehmen. Außerdem bietet sich damit eine Vergleichsmöglichkeit mit dem ISSP 1987 und 1992. Die Frage des ISSP 1985 lautete: Inwieweit würden Sie die Politik der Regierung, die Einkommensunterschiede zwischen Leuten mit niedrigen Einkommen und Leuten mit hohen Einkommen zu vermindern, befürworten oder ablehnen?. Die Antwortalternativen 1985 waren 'stark befürworten', 'befürworten', 'weder befürworten noch ablehnen', 'etwas ablehnen' und 'stark ablehnen'.

Wie an den entsprechenden Stellen der vorstehenden Übersicht vermerkt, wurden über die für alle Länder verbindlichen Änderungen gegenüber der 1985er Umfrage hinaus im deutschen Fragebogen noch zusätzlich einige Fragen bzw. Antwortalternativen umformuliert. Der Grund dafür war, daß 1985 die deutsche Formulierung in ihrem Sinngehalt von der international verwendeten abwich. Die mit einem einfachen Stern markierten Änderungen sind rein sprachliche Verbesserungen; die mit zwei Sternen markierten führen zu (etwas) unterschiedlichem Bedeutungsgehalt. Die unterschiedlichen deutschen Frage-Versionen von 1985 und 1990 sind zusammen mit den englischsprachigen Originalformulierungen in Übersicht III im Anhang wiedergegeben.

6. Die Durchführung des ALLBUS 1990

6.1. Das Design für die Stichprobe des ALLBUS 1990

6.1.1. Die Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit für den ALLBUS ist die erwachsene Bevölkerung der Bundesrepublik und West-Berlins. Als Basis für die Datengewinnung soll eine Zufallsauswahl von Personen dieser Grundgesamtheit dienen. Idealerweise wäre dies eine "Momentaufnahme" aus der Population der zu einem festgelegten Zeitpunkt mindestens 18jährigen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit im Bundesgebiet und West-Berlin. Da jedoch eine Untersuchung wie der ALLBUS mit ca. 3.000 Befragten nicht an einem Tag, d.h. zu einem festen Termin, durchgeführt werden kann und zudem Personen, die in Anstalten aller Art (Hospitäler, Strafvollzugsanstalten, Klöster, etc.) leben, mit den üblichen Stichprobenverfahren nicht erfaßt werden können, ist die Grundgesamtheit für den ALLBUS 1990 exakt wie folgt zu definieren:

Alle Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in der Bundesrepublik und in West-Berlin in Privathaushalten wohnen und die bis zum Befragungstag das 18. Lebensjahr vollendet hatten.

Als Privathaushalt gilt jede Gemeinschaft von Personen, die zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften. Dies bedeutet, daß die Mitglieder eines Privathaushaltes nicht notwendig miteinander verwandt sind.

6.1.2. Das Stichprobendesign

6.1.2.1. Das ADM-Design im Überblick

Den technischen Kern des Stichprobendesigns aller bisher erhobenen ALLBUS-Datensätze bildet das sogenannte ADM-Stichprobenverfahren, ein von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Marktforschungsinstitute entwickeltes Verfahren zur Gewinnung von nationalen repräsentativen Personenstichproben. Dieser Plan beinhaltet ein mehrstufiges und in einem speziellen Sinne geschichtetes Ziehungsverfahren.

Das "klassische" Schema des ADM-Designs umfaßt drei Stufen. Das Staatsgebiet der Untersuchungspopulation wird in eine Anzahl überschneidungsfreier Teilflächen aufgelöst, die sogenannten primary sampling units (psu) oder

Primäreinheiten, auch "Points" genannt. Einheiten der nachfolgenden Ebene sind die Privathaushalte, und auf der letzten Ebene die in den Privathaushalten lebenden Personen der Grundgesamtheit selbst.

Die Grundlagen der Flächeneinteilung entstammen der Stimmbezirkseinteilung für die Bundestagswahlen der ("alten") Bundesrepublik und für die Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses. Die Gesamtheit der Stimmbezirke ist als EDV-Datei mit diversen Zusatzmerkmalen für eine Stichprobenziehung verfügbar.

Eine Liste von Privathaushalten innerhalb der Primäreinheiten gibt es nicht. Die Ermittlung dieser Einheiten erfolgt beim ADM-Stichprobenplan durch die Interviewer. Die Kunstregeln einer Zufallsstichprobe werden auf der Grundlage von Katasterblättern des jeweiligen Gebiets für den Interviewer durch sogenannte "Begehungsanweisungen" operationalisiert. Auf diesen Blättern wird für eine Begehung ein Weg durch einen zufälligen Startpunkt und Fortsetzungsregeln bestimmt. Der Interviewer hat dann üblicherweise entlang diesem Weg eine systematisch ausgewählte Anzahl von Haushalten ("jedes dritte Klingelschild") zu kontaktieren.

Schließlich muß in einem ausgewählten Haushalt eine zu befragende Person der Grundgesamtheit bestimmt werden. Dies ist natürlich nur dann möglich, wenn die im Haushalt angetroffene Kontaktperson kooperationsbereit ist. In diesem Fall kann eine Liste aller wahlberechtigten Personen des Haushalts aufgestellt werden, aus der dann mit Hilfe eines vorbereiteten Zufallsschemas ("Schwedenschlüssel") die letztendlich zu befragende Person ermittelt wird.

Das ADM-Design strebt eine auf der Ebene der Haushalte selbstgewichtende Stichprobe an, d. h. sämtliche Privathaushalte sollen gleiche Ziehungschancen erhalten. Zu diesem Zweck müssen die Ziehungswahrscheinlichkeiten für die Primäreinheiten (Stimmbezirke) mit den bedingten Ziehungswahrscheinlichkeiten für die Privathaushalte abgestimmt werden: Sind die Ziehungswahrscheinlichkeiten der Primäreinheiten proportional zur Anzahl der in ihnen enthaltenen Privathaushalte und wird ein für alle Primäreinheiten gleicher Stichprobenumfang an Haushalten festgelegt, dann erhalten theoretisch alle Privathaushalte die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit. Die bedingten Auswahlchancen von Personen (gegeben die Haushalte) bestimmen sich nach der Anzahl der Personen im Haushalt, die der Grundgesamtheit angehören - der sogenannten reduzierten Haushaltsgröße. Da die Ziehung mit dem Schwedenschlüssel eine uneingeschränkte Zufallsauswahl simuliert, ist die bedingte Ziehungswahrscheinlichkeit einer Person der Grundgesamtheit (gegeben der Haushalt) also gleich dem Kehrwert der reduzierten Haushaltsgröße. Da die Haushaltsstichprobe selbstgewichtend ist, ist die totale Ziehungswahrscheinlichkeit also proportional zum Kehrwert der reduzierten Haushaltsgröße.

Immer wieder kritisierte Nachteile des ADM-Designs sind die Defizite und Kompromisse bei der praktischen Umsetzung auf den verschiedenen Stufen des Designs. Auf der Ebene der Primäreinheiten ist zunächst einmal festzustellen, daß die theoretisch vorgegebenen Ziehungswahrscheinlichkeiten nur in Annäherung realisierbar sind. Die Anzahl von Privathaushalten mit mindestens einem/r Wahlberechtigten in einem Stimmbezirk ist tatsächlich nicht bekannt und muß geschätzt werden.

Auf der Ebene der Haushalte und Personen, die im Verlauf der Begehungen von Interviewern ausgewählt werden, besteht die Problematik zum einen darin, daß die Wege- und Auswahlregeln dem Interviewer einen auch durch sehr umfangreiche Anweisungen nicht zu beseitigenden Entscheidungsspielraum offen lassen. Dies wirkt sich besonders bei der häufigsten Variante der Begehung, dem sogenannten "random route" aus, bei der die Kontaktaufnahme nicht nur zur Aufnahme des Haushalts in die Bruttostichprobe, sondern auch zur Realisierung eines Interviews führen soll. Probleme der Operationalisierung der Haushaltsdefinition etwa bei Klingelschildern mit mehreren verschiedenen Namen oder bei Wohngemeinschaften werden dann undokumentiert ad hoc vom Interviewer gelöst. Außerdem werden vermutlich befragungsbereite Haushalte durch den Interviewer bevorzugt angelaufen, mit unbekannten Folgen für die Stichprobenqualität. Es kann in diesem Zusammenhang auch nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die Vorgabe eines festen Stichprobenbruttos innerhalb von Primäreinheiten bei Erhebungen dieser Art überschritten und somit gegen das Prinzip der Selbstgewichtung der Brutto-Haushaltsstichprobe verstoßen wird.

Das Design büßt jedoch nicht nur infolge des Spielraums der Interviewer an Qualität ein. Da Startadressen nicht als einzelne Haushalte vorgegeben werden, sondern sämtliche unter der Adresse wohnhaften Haushalte darstellen, haben bei den üblichen Begehungsvorschriften Haushalte in Hochhäusern eine höhere Ziehungswahrscheinlichkeit als Haushalte in Einfamilienhäusern. Weiter: Da Ausländer ausgeschlossen sind, ergibt sich infolge unterschiedlicher Ausländer-Anteile in den Stimmbezirken ein Problem für die selbstgewichtende Auswahl deutscher Haushalte: Ein deutscher Haushalt, dem eine Reihe ausländischer Haushalte in Folge vorausgeht, besitzt eine erhöhte Ziehungschance, da er nach dem "neutralen" Ausfall der Ausländerhaushalte automatisch als nächster Haushalt kontaktiert wird. Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß bei einer Begehung Haushalte gezogen werden, die relativ nahe benachbart sind. Durch eine Begehung werden eher "Klumpen" innerhalb der Stimmbezirke ausgewählt als daß eine uneingeschränkte Zufallsauswahl realisiert wird.

Diese hier angedeuteten Probleme mögen im einzelnen marginal sein, sie zeigen jedoch, daß die theoretischen Vorgaben des ADM-Musterstichprobenplans nicht in vollem Maß eingelöst werden können.

6.1.2.2. Stichprobe der Stimmbezirke

Beim ALLBUS 1990 wurde mit einem dreistufigen Stichprobenplan gearbeitet, der ein ADM-analoges Vorgehen erlaubt, jedoch eine eigene Datei zur Basis hat.

Als Auswahlrahmen für die Primäreinheiten stand Infas die Datei sämtlicher Stimmbezirke der (alten) Bundesrepublik und (West)Berlins für die Bundestagswahl 1987 bzw. die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 1989 zur Verfügung. Zu jedem Stimmbezirk lagen eine Reihe von Merkmalen vor, unter anderem die Anzahl der Wahlberechtigten, die relative Wahlbeteiligung sowie die relativen Stimmergebnisse der Parteien. Als Aggregatmerkmal waren die Anzahl der Privathaushalte auf Gemeindeebene wie auch die üblichen Regionalmerkmale Regierungsbezirk, Gemeindegrößenklasse, Boustedt-Region etc. bekannt. Die standardisierten ADM-Stichproben auf der Ebene der Primäreinheiten, die sogenannten Netze vom Umfang 210, die bei allen bisherigen Erhebungen entweder direkt eingesetzt worden waren oder als Vorstufe für die dann letztlich verwendete Stichprobe gedient hatten, lagen für den Stand der o. g. Wahlen noch nicht vor. Die Stichprobe der Stimmbezirke mußte also erst gezogen werden. Mit der Verfügbarkeit einer Datei aller Stimmbezirke ergab sich dadurch aber auch eine Chance zur Überprüfung der Qualität des Ziehungsverfahrens, die in diesem Maß bei früheren Erhebungen nicht gegeben war.

Um zu einer methodisch vergleichbaren Stichprobe zu kommen, wurde das Ziehungsverfahren möglichst weitgehend an die übliche Prozedur des ADM-Designs angelehnt. Das ADM-Design verwendet auf der Ebene der Stimmbezirke eine systematische Ziehung der "durch Anordnung geschichteten" Grundgesamtheit mit Ziehungswahrscheinlichkeiten, die proportional zu einer Maßzahl ihrer Größe sind. Zunächst wird also die Datei der Stimmbezirke bezüglich eines Satzes von Variablen in bestimmter Reihenfolge sortiert. Anschließend erfolgt eine systematische Zufallsziehung, wobei durch Veränderung der Distanz der Zugriffe erreicht werden kann, daß die einzelnen Stimmbezirke mit zu den Größenmaßen proportionalen Chancen in die Stichprobe gelangen.

Die Datei wurde nach folgenden Variablen mit Priorität entsprechend der angegebenen Reihenfolge sortiert:

- Regierungsbezirk
- Gemeindegrößenklasse nach Boustedt
- Kreis (Stadt vs. Land)
- Gemeindegrößen

- Gemeinden
- Stadtteile
- Wahlbezirksnummern

Als Größenmaß ("Bedeutungsgewicht") für die Primäreinheiten fungiert die Anzahl derjenigen Privathaushalte in einem Stimmbezirk, in denen mindestens eine Person der Grundgesamtheit lebt. Tatsächlich war jedoch - wie übrigens bei allen bisherigen ADM-Stichproben - nur die Anzahl aller, d.h. der deutschen und ausländischen, Privathaushalte für die Gemeinden bekannt. Als Näherungswerte wurden die Anteile der Privathaushalte einer Gemeinde entsprechend den Anteilen der Wahlberechtigten in den jeweiligen Stimmbezirken verwendet.

Diese Abweichung von der theoretischen Vorgabe beeinflusst die Ziehungschancen von Stimmbezirken sowohl im Vergleich zwischen verschiedenen Gemeinden als auch im Vergleich der Stimmbezirke innerhalb einer Gemeinde. Zum einen werden Stimmbezirke in Gemeinden mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Ausländer-Haushalten mit insgesamt überhöhten Chancen in die Stichprobe der Primäreinheiten aufgenommen. Unter der Bedingung der vorgegebenen Haushaltsanzahl werden zweitens innerhalb einer Gemeinde diejenigen Stimmbezirke mit einer überhöhten Chance gezogen, die innerhalb der Gemeinde ein überdurchschnittliches Verhältnis von Wahlberechtigten zu Privathaushalten aufweisen. Analoges gilt im Fall eines unterdurchschnittlichen Anteils von Ausländer-Haushalten bzw. eines unterdurchschnittlichen Verhältnisses von Wahlberechtigten zu Privathaushalten.

Es kann nach dem Gesagten also zu Abweichungen von den korrekten Ziehungschancen zwischen den Gemeinden wie auch innerhalb der Gemeinden kommen, wobei sich im Resultat beide Störungen überlagern. Eine Abschätzung der quantitativen Auswirkungen dieser Fehlerquellen ist auf der Grundlage der vorliegenden Daten nicht möglich.

Der Umfang der Stimmbezirksstichprobe beträgt in Übereinstimmung mit den Plänen für die früheren ALLBUS-Erhebungen 630. Dies entspricht dem Umfang von drei ADM-üblichen Stichproben à 210 Stimmbezirken ("Netze"), die durch systematische Ziehung mit größenproportionalen Chancen aus dem sortierten Datensatz gezogen werden. Mehrere Netze lassen sich zu einer größeren Stichprobe zusammenfassen, wenn wie beim ALLBUS der Umfang der Personenstichprobe so groß geplant ist, daß bei Verwendung von nur einem Netz die Zahl der Interviews pro Stimmbezirk ein zuträgliches Maß überschreiten würde. Allerdings liefert eine Vereinigung von Netzen im allgemeinen keine optimale Stichprobe. Jede systematische Ziehung läßt sich verstehen als das Ergebnis einer simultanen Ziehung mit Hilfe eines Rasters, dessen Feinheit durch die Schrittweite bestimmt wird. Je feiner das Raster, desto besser wird im

allgemeinen die Sortierung und die ihr entsprechende Struktur der Grundgesamtheit in der Stichprobe abgebildet. Die Kombination mehrerer systematischer Stichproben kann man nun als eine systematische Ziehung mit periodisch wechselnden Schrittweiten auffassen. Eine systematische Ziehung mit gleichem Stichprobenumfang und einer konstanten Schrittweite bedeutet dagegen eine gleichmäßigere "Rasterung" der Grundgesamtheit, und wird daher im allgemeinen zu besseren Stichproben führen. Für die Stichprobe des ALLBUS 1990 kamen Infas und ZUMA daher überein, das ADM-Konzept der Netze aufzugeben und eine einzige systematische Ziehung vom Umfang 630 vorzunehmen. Der Ziehung ging eine - gleichfalls ADM-übliche - Synthetisierung von Stimmbezirken voraus: Stimmbezirke mit weniger als 400 Wahlberechtigten wurden so lange mit nachfolgenden Stimmbezirken zusammengefaßt, bis die synthetischen Einheiten mindestens 400 Wahlberechtigte enthielten. Wir sprechen dennoch weiter von Stimmbezirken anstatt korrekterweise von synthetischen Stimmbezirken.

Die Güte des Verfahrens wurde versuchsweise durch Schätzungen des amtlichen Wahlergebnisses der Bundestagswahl 1987 aus zwanzig Replikationen der Stichprobenziehung überprüft. Es zeigte sich eine große Stabilität der Schätzungen und eine sehr große Übereinstimmung mit dem amtlichen Wahlergebnis.

6.1.2.3. Stichprobe von Straßenabschnitten

Als besondere Probleme bei der Begehung der Stimmbezirke waren oben unkontrollierte Interviewereinflüsse und geringe Streuung entlang dem Zufallsweg genannt worden. Andererseits existieren keine Verzeichnisse der Untersuchungspopulation in den Stimmbezirken, mit denen vorab eine Auswahl getroffen werden könnte wie beispielsweise bei Stichproben auf der Grundlage von Einwohnermelderegistern von Gemeinden.

Um dennoch einerseits den Auswahlprozess in den Stimmbezirken nicht einfach den Interviewern zu überlassen und andererseits den Bereich der Zieladressen über den einer normalen Begehung hinaus zu streuen, bot Infas die Nutzung seiner LOCAL-Datenbank für eine Vorabauflistung von Haushaltsadressen an. Es handelt sich dabei um eine fortlaufend gepflegte Datei zur räumlichen Differenzierung, in der zur Zeit 920.000 Straßenabschnitte von ca. 6.400 Gemeinden, aufgeteilt nach Stimmbezirken, erfaßt sind. Außerdem sind in LOCAL die Adressen aller Haushalte mit Telefon in einem Straßenabschnitt zum jeweiligen Bearbeitungsstand verfügbar.

In jedem Stimmbezirk wurden Straßenabschnitte in Folge solange uneingeschränkt zufällig gezogen, bis eine Mindestanzahl von 80 Telefonhaushalten erreicht wurde.

Die Tabellen 1 und 2 zeigen die resultierenden Verteilungen der Anzahl der Straßenabschnitte in den Stimmbezirken bzw. der Telefonhaushalte in den Straßenabschnitten.

Tabelle 1: Verteilung der Straßenabschnitte auf die Stimmbezirke

Anzahl Straßen- abschnitte	Anzahl Stimm- bezirke	%	Kumulierte Häufigkeit	Kumulierte %
1	159	25.2	159	25.2
2	136	21.6	295	46.8
3	78	12.4	373	59.2
4	64	10.2	437	69.4
5	47	7.5	484	76.8
6	43	6.8	527	83.7
7	39	6.2	566	89.8
8	31	4.9	597	94.8
9	16	2.5	613	97.3
10	17	2.7	630	100.0

Tabelle 2: Verteilung der Haushalte auf die Straßenabschnitte

Anzahl Haushalte pro Straßen- abschnitt	Anzahl Straßen- abschnitte	%	Kumulierte Häufigkeit	Kumulierte %
5 - 5 HH	155	6.9	155	6.9
6 - 7 HH	273	12.1	428	19.0
8 - 10 HH	235	10.4	663	29.5
11 - 15 HH	242	10.8	905	40.2
16 - 20 HH	232	10.3	1137	50.6
21 - 30 HH	298	13.3	1435	63.8
31 - 50 HH	257	11.4	1692	75.2
51 - 70 HH	276	12.3	1968	87.5
71 - 143 HH	281	12.5	2249	100.0

Die der Auswahl der Straßenabschnitte zugrundegelegten Haushalte mit Telefon sind natürlich wieder nur eine Approximation der tatsächlich vorhandenen Haushalte. Sieht man davon zunächst einmal ab, bleibt die Frage, ob mit dem genannten Auswahlverfahren die mit den Straßenabschnitten zugleich ausgewählten Haushalte gleiche Ziehungschancen haben. Da die Zielgröße von 80 Haushalten pro Stimmbezirk nur als Mindestanzahl vorgegeben werden konnte, variieren die Gesamtzahlen der mit den Straßenabschnitten ausgewählten Haushalte. Daher sind auch die Ziehungschancen der Haushalte zwischen den Stimmbezirken unterschiedlich. Aber auch innerhalb eines Stimmbezirks ergeben sich ungleiche bedingte Ziehungschancen, wenn die Straßenabschnitte eine ungleiche Anzahl von Haushalten aufweisen. Nur im Idealfall gleich großer Abschnitte pro Stimmbezirk sind die Ziehungschancen der Haushalte gleich. Die Ziehungschance eines beliebigen Haushalts hängt in komplizierter Weise von der Gesamtheit der Größen der Straßenabschnitte ab und ist auch bei vollständiger Information über die Straßenabschnitte der ausgewählten Stimmbezirke (die ZUMA nicht vorliegt) nicht auf einfache Weise zu ermitteln.

6.1.2.4. Die Vorabauflistung der Haushaltsadressen

In den ausgewählten Straßenabschnitten wurde eine Erfassung aller Privathaushalte durch eine vollständige Begehung angestrebt. Die Interviewer waren mit Listen der registrierten Telefonhaushalte ausgestattet. Diese Listen sollten mit den Klingelschildadressen verglichen und gegebenenfalls korrigiert oder ergänzt werden. Dabei waren alle Anstaltshaushalte und Unternehmen, wie Gewerbebetriebe, Groß- und Einzelhandelsgeschäfte, sowie Arztpraxen und Anwaltskanzleien zu ignorieren, soweit sie nicht - für den Interviewer ohne Befragen erkennbar - mit einer Wohneinheit verbunden waren. Soweit die Interviewer die Listen zu ergänzen hatten, mußten sie die Klingelschildbeschriftungen auf gesonderte Begehungsblätter übertragen.

Nach der Vorabauflistung waren die neuen Namen neuen Haushalten zuzuordnen. Wiesen die Klingelschilder mehr als einen Namen auf, so ergab sich ein Problem, da die Überprüfung ohne Nachfrage durch die Interviewer durchzuführen war. Die pragmatische Zuordnungsregel lautete: Stehen bis zu zwei Namen auf dem Klingelschild, so stellt das Schild einen einzigen Haushalt dar. Bei drei und mehr Namen bildet jeder Name einen eigenen Haushalt. Diese aus der Erfahrung von Infas abgeleitete Regel wird die Haushaltssituation nicht immer korrekt beschreiben, die problematischen Fälle sind aber durchaus begrenzt. Nachträglich ausgezählte Listen einer Stichprobe von 100 Stimmbezirken ergaben, daß von allen Adressen 6,3% von Klingelschildern mit zwei Namen stammen und in weniger als 1% Klingelschilder mit drei oder mehr Namen ergänzt worden waren. Im Fall der Klingelschilder mit zwei Namen kann davon

ausgegangen werden, daß es sich tatsächlich zumeist um jeweils einen Haushalt handelt. Der Einfluß der restlichen Fälle mit drei und mehr Namen kann vernachlässigt werden.

6.1.2.5. Die Brutto-Haushaltsstichprobe

Aus dem Adressenvorrat der Vorabauflistung wurde nun die Bruttostichprobe gezogen. Nach dem Vorbild der früheren ALLBUS-Stichproben wurden 8 Adressen pro Stimmbezirk angestrebt. In jedem Stimmbezirk wurde eine systematische Ziehung mit einer zum jeweiligen Adressenvorrat proportionalen Schrittweite durchgeführt. Die resultierende Verteilung der Adressenanzahl pro Stimmbezirk ist in Tab. 3 dargestellt.

Die Besetzung der Kategorien 7 und 9 in Tabelle 3 erklärt sich durch die zufälligen Startpunkte und Rundungsfehler des Ziehungsalgorithmus. Die übrigen Besetzungen (jeweils ein Point mit 6, 10 bzw. 11 Adressen) waren nachträglich nicht mehr aufzuklären, allerdings dürfte angesichts ihrer geringen Größenordnung kein besonderer Einfluß zu erwarten sein. Ist der Rundungsfehler nicht korreliert mit anderen Merkmalen der Stimmbezirke, so ist die Schwankung des Bruttos in den Stimmbezirken stichprobentheoretisch unbedenklich. Insbesondere für den Fall, daß die Stichprobe sämtlicher Haushalte in den ausgewählten Stimmbezirken selbstgewichtend ist, bleibt diese Eigenschaft erhalten. Die Bruttostichprobe umfaßt 5204 Haushalte.

Tabelle 3: Zahl der ausgegebenen Adressen je Point

Anzahl Adressen	Anzahl Points	Gesamtzahl Adressen
6	1	6
7	14	98
8	438	3504
9	175	1575
10	1	10
11	1	11
	----	----
	630	5204

6.1.2.6. Die Personenstichprobe

Mit Feldbeginn wurden die Interviewer mit Kontingenten von Haushaltsadressen versehen. Bei den Kontakten waren von ihnen Kontaktprotokolle zu erstellen. Im Fall eines befragungsbereiten Haushalts wurden alle Wahlberechtigten im Haushalt aufgelistet und daraus eine Person mit dem "Schwedenschlüssel", also zufällig, als Befragungsperson bestimmt.

6.1.3. Gewichtung

Im Gegensatz zu früheren ALLBUS-Datensätzen wird ZUMA keine Gewichtungsvorschläge mehr machen. Die Gewichtungsproblematik ist in Rothe & Wiedenbeck 1987 und in Rothe 1990 ausführlich dargestellt worden. Designorientierte wie auch Anpassungsgewichte führen nicht zu kontrollierbar besseren Schätzungen von Populationskennziffern, solange die wesentlichen Einflußgrößen auf die Inklusionswahrscheinlichkeiten bei der Realisierung der Nettostichprobe nicht hinreichend bekannt sind. Falls der Nutzer für seine Analyse die Daten selbst gewichten möchte, steht ihm hierfür mit der reduzierten Haushaltsgröße (Frage S61 F, Variable V414) eine Variable zur Verfügung, die als Transformationsgewicht für die Überführung der Haushalts- in eine Personenstichprobe verwendet werden kann. Darüberhinaus sind in Tabelle I im Anhang die Randverteilungen des ALLBUS für die Befragtenmerkmale Geschlecht, Alter, Bildung und Stellung im Beruf den betreffenden Informationen aus dem Mikrozensus gegenübergestellt. Wie bei anderen Umfragen auch (vgl. Wiedenbeck 1984), sind im ALLBUS insbesondere Personen mit niedrigem Bildungsniveau unterrepräsentiert. Bei Interesse an der Bildung eines entsprechenden Anpassungsgewichtes können die Kreuztabellen für sämtliche Kombinationen der vier Variablen bei ZUMA bezogen und gegebenenfalls eine Beratung durch die ZUMA-Statistik-Abteilung in Anspruch genommen werden.

6.2. Die Feldphase des ALLBUS 1990

6.2.1. Zeitlicher Ablauf

Die Feldphase für den ALLBUS 1990 begann am 12. März 1990. Für den Bruttostichprobenansatz waren 630 Sample-Points mit insgesamt 5204 Haushaltsadressen gezogen worden. Da bis zum Ende der angesetzten Feldzeit am 26.04.90 die geplante Ausschöpfung noch nicht erreicht und ein Teil der ausgewählten Haushalte noch nicht kontaktiert worden war, wurde am 30.4.1990 eine zweite Feldphase begonnen. Dabei wurden alle Sample-Points mit

weniger als fünf realisierten Interviews erneut bearbeitet, wobei alle Kontaktprotokolle mit den Ausfallgründen "verweigert" und "nicht angetroffen" in diesen schlecht ausgeschöpften Points noch einmal zum Einsatz kamen. In 26 Sample-Points konnten trotz Nachbearbeitung keine Interviews realisiert werden. Insgesamt dauerte die Feldzeit für den ALLBUS 1990 vom 12. März 1990 bis zum 25. Mai 1990.

6.2.2. Interviewereinsatz

Für die Durchführung der Interviews wurden von Infas insgesamt 435 Interviewer eingesetzt, die durch eine schriftliche Intervieweranweisung mit der Studie vertraut gemacht wurden und als Einstieg ein Eigeninterview durchführen sollten.

In der zweiten Feldphase wurden bevorzugt Interviewer eingesetzt, die schon im ersten Feldabschnitt zufriedenstellende Ausschöpfungsquoten erzielt hatten. Dies führte allerdings dazu, daß 54 Interviewer mehr als die ursprünglich angestrebte Höchstzahl von 15 Interviews durchführten. 71 Interviewern gelang es nicht, ein auswertbares Interview zu realisieren. Die übrigen 364 Interviewer führten durchschnittlich 8,4 Befragungen durch. Aufschluß über die Geschlechts- und Altersverteilung derjenigen Interviewer, die mindestens ein Interview realisiert haben, gibt die Tabelle 4.

Auffallend an den von Infas eingesetzten Interviewern ist zum einen die relativ große Zahl männlicher Interviewer (mit 69 % der bisher höchste Anteil), zum anderen der hohe Anteil junger Interviewer. In der Alterszusammensetzung ähnelt der Infas-Interviewerstab dem vom GETAS in der ersten ALLBUS-Studie 1980 eingesetzten. In den übrigen Jahren - insbesondere 1986 bei Infratest - waren deutlich weniger Interviewer unter 30 Jahre alt.

Tabelle 4: Merkmale der an den ALLBUS-Umfragen beteiligten Interviewer

! Merkmal	! ALLBUS 80	! ALLBUS 82	! ALLBUS 84	! ALLBUS 86	! ALLBUS 88	! ALLBUS 90
	! GETAS	! GETAS	! GETAS	! Infratest	! GFM-GETAS	! Infas
	! n=495	! n=444	! n=508	! n=579	! n=336	! n=364
	! %	! %	! %	! %	! %	! %
! <u>Geschlecht</u>						
! Frauen	! 39	! 41	! 39	! 37	! 34	! 31
! Männer	! 61	! 59	! 61	! 63	! 66	! 69
! <u>Alter</u>						
! <30	! 34	! 28	! 30	! 9	! 28	! 36
! 30-39	! 25	! 31	! 30	! 29	! 28	! 19
! 40-49	! 15	! 19	! 18	! 28	! 24	! 18
! 50-59	! 15	! 13	! 13	! 17	! 11	! 18
! 60 +	! 11	! 9	! 9	! 17	! 9	! 9

6.2.3. Ausschöpfung

Für den ALLBUS 1990 kamen 5204 Adressen in 630 Sample-Points zum Einsatz (zum Auswahlverfahren vgl. Abschnitt 6.1.). Alle Points wurden bearbeitet. In 26 Points konnten keine auswertbaren Interviews durchgeführt werden. In den übrigen 604 Points wurden schließlich insgesamt 3051 auswertbare Interviews realisiert, in gut der Hälfte der Points (52%) zwischen vier und sechs Interviews und in 22% der Points sieben oder mehr. Die 3051 Interviews entsprechen einer Ausschöpfungsquote von 60,4%. 92,5% der ALLBUS-Befragten füllten auch den ISSP-Fragebogen aus. Tabelle 5 stellt Ausschöpfung und Ausfallgründe detailliert dar.

Als stichprobenneutrale Ausfälle werden nicht-auffindbare Adressen, unbewohnte Wohnungen und Haushalte, in denen kein Mitglied der ALLBUS-Grundgesamtheit lebt (dazu zählen vor allem reine Ausländerhaushalte), klassifiziert. Der Anteil dieser Ausfälle liegt beim ALLBUS 1990 bei 2,9 % und unterscheidet sich damit nicht wesentlich von dem in früheren Erhebungen. Relativ hoch ist der Anteil der systematischen Ausfälle, der mit 39,4 % nur ca. zwei Prozentpunkte unter der bisher höchsten Ausfallquote, der des ALLBUS 1986, liegt. Ungefähr die Hälfte dieser Ausfälle stellen mit 19,5 % die Verweigerer, in ca. 14 % aller Fälle wurde trotz der langen Feldzeit der Zielhaushalt oder die Zielperson nicht angetroffen.

Tabelle 5: Ausschöpfung und Ausfallgründe der ALLBUS-Studien 1986, 1988 und 1990

	ALLBUS 1986 Infratest		ALLBUS 1988 GFM-GETAS		ALLBUS 1990 Infas	
	N	%	N	%	N	%
Bruttostichprobe	5512	100.0	4620	100.0	5204	100.0
Stichprobenneutrale Ausfälle	237	4.3	111	2.4	150	2.9
Bereinigter Stichprobenansatz	5275	100.0	4509	100.0	5054	100.0
- im HH niemand angetroffen	465	8.8	478	10.6	566	11.2
- Zielperson nicht angetroffen	180	3.4	60	1.3	137	2.7
- Zielperson nicht befragungsfähig	173	3.3	42	0.9	117	2.3
- Haushalt oder Ziel- person nicht kooperativ	1358	25.7	601	13.8	987	19.5
- Adresse bearbeitet, aber kein Ausfall- protokoll	--	--	209	4.6	--	--
- anderer Grund	--	--	49	1.1	184	3.6
Systematische Ausfälle insgesamt	2176	41.3	1439	31.9	1991	39.4
Durchgeführte Interviews	3099	58.7	3070	68.1	3063	60.6
nicht auszuwertende Interviews	4	0.1	18	0.4	12	0.2
Auswertbare Interviews	3095	58.6	3052	67.7	3051	60.4
Schriftlicher Frage- bogen ausgefüllt	2809	90.8	2995	98.1	2812	92.2

6.2.4. Interviewsituation

In der Regel verliefen die Interviews des ALLBUS 1990 problemlos. Die Interviewer berichteten lediglich vereinzelt von kritischen Äußerungen der Befragten, meistens bezüglich der Länge des Fragebogens bzw. insbesondere des Demographieteils. Die durchschnittliche Dauer des mündlichen Interviews lag wie 1988 bei 62 Minuten, die durchschnittliche Dauer für den ISSP-Teil bei 18 Minuten. Veranschlagt waren 60 bzw. 15 Minuten, d.h. der vorgegebene Zeitrahmen wurde im großen und ganzen eingehalten. Allerdings dauerten immerhin noch 27% der mündlichen Interviews länger als 70 Minuten (vgl. Tabelle 6)

Tabelle 6: Dauer der mündlichen Interviews beim ALLBUS 1988 und 1990

Dauer	ALLBUS 1988 n = 3.052 %	ALLBUS 1990 n = 3.063 %
bis 39 Minuten	1	5
40-49 Minuten	10	17
50-59 Minuten	26	23
60-69 Minuten	35	25
70-79 Minuten	14	12
80 Minuten und länger	14	15
keine Angabe	--	3
durchschn. Dauer	62 Minuten	62 Minuten

Die Antwortbereitschaft der Befragten und die Zuverlässigkeit ihrer Angaben wird von den Interviewern wie in allen bisherigen Studien im allgemeinen positiv beurteilt. In ca. vier von fünf Fällen (79,2%) wird die Antwortbereitschaft des Befragten als gut eingestuft, in weiteren 14,2% immerhin noch als mittelmäßig. Bei 92,5% der Interviews stufen die Interviewer die Angaben des Befragten als insgesamt zuverlässig ein.

Ungefähr ebenso häufig wie in den bisherigen Studien kam es vor, daß neben Interviewer und Befragtem noch weitere Personen während der Befragung anwesend waren. In 70% der Fälle wurde das Interview mit dem Befragten allein durchgeführt. Waren Dritte anwesend, so handelte es sich in ca. 2/3 der Fälle um den Ehepartner. Bei ca. 12 % aller Interviews griffen dritte Personen in die Befragung ein.

Insgesamt gesehen verliefen die Interviews des ALLBUS 1990 nach Angaben der Interviewer damit ebenso zufriedenstellend wie in den vergangenen Jahren.

Literatur

Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974-1976, Band VI, Wien 1976

Barnes, S.H.; Kaase, M. et al. (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills.

Feick, J. & Mayntz, R. (1982): Bürger im bürokratischen Staat: Repräsentative Beurteilungen und Handlungseinschätzungen. In: Die Verwaltung, 15, S. 409-434.

Haferkamp, H. (1987): Zur zukünftigen Neuorientierung der kriminologischen Forschung. In: Kriminologisches Journal, 19, S.171-192.

Mayntz, R. & Feick, J. (1982): Gesetzesflut und Bürokratiekritik: Das Problem der Überregelung im Spiegel der öffentlichen Meinung. In: Die Verwaltung, 5, S. 281-300.

Opp, K.-D. (1973): Soziologie im Recht. Hamburg.

- Pappi, F.U. (Hrsg.) (1979): Sozialstrukturanalysen mit Umfragedaten. Probleme der standardisierten Erfassung von Hintergrundmerkmalen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen, Königstein/Ts.
- Paternoster, R. u. Iovanni, L. (1986): The deterrent effect of perceived severity: A reexamination. In: Social Forces, 64, S.751-777.
- Paternoster, R.; Saltzman, L.E.; Chiricos, Th.G.; Waldo, G.P. (1982): Perceived risk and deterrence: Methodological artifacts in perceptual deterrence research. In: The Journal of Law and Criminology, 73, S.1238-1258.
- Rothe, G. (1990): Wie (un)wichtig sind Gewichtungen? Eine Untersuchung am ALLBUS 1986. In: ZUMA-Nachrichten, 26, S.31-55.
- Rothe, G. & Wiedenbeck, M. (1987): Stichprobengewichtung: Ist Repräsentativität machbar? In: ZUMA-Nachrichten, 21, S.43-58.
- Scheerer, S. (1986): Atypische Moralunternehmer. In: Kriminologisches Journal, Beiheft 1, S.133-156.
- Sudman, S. & Bradburn, N.M. (1982): Asking Questions, San Francisco & London
- Tittle, Ch.R. (1980): Sanctions and Social Deviance. The Question of Deterrence, New York.
- Wiedenbeck, M. (1984): Zur Repräsentativität bundesweiter Befragungen - Ein systematischer Mittelstands-Bias, ZUMA, Technischer Bericht, T84/06.
- Ziegler, R. (1983): Die Struktur von Freundes- und Bekanntenkreisen. In: F. Heckmann & P. Winter (Hrsg.): 21. Deutscher Soziologentag 1982. Beiträge der Sektions- und ad hoc-Gruppen, Opladen, S.684-688.

Vergleichsstudien zum ALLBUS 1990

Allerbeck, K., Kaase, M., Klingemann, H.D., 1974, Politische Ideologie I, ZA-Nr. 0757.

Almond, G.A. & Verba, S., 1959, The Five Nation Study, ZA-Nr. 0028.

Berger, M., Gibowski, W., Kaase, M., Roth, D., Schleth, U., Wildenmann, R., 1972, Bundestagswahl 1972, ZA-Nr. 0636.

DIVO, 1965, Internationale Beziehungen, ZA-Nr. 0429.

Forschungsgruppe Hochschulsozialisation (Peisert), 1973, Institut für Demoskopie, Allensbach.

Kaupen, W., 1970, Bevölkerung und Recht in der Bundesrepublik Deutschland, ZA-Nr. 0641.

Konrad-Adenauer-Stiftung, 1973, Bundestagswahl 1976, ZA-Nr. 1133.

Pappi, F.U. & Laumann, E.O., 1971, Gemeindestudie Jülich, ZA-Nr. 0516.

Forschungsgruppe Wahlen, 1985, Politbarometer 12, ZA-Nr. 1479.

Rabier, J.R., 1979, Eurobarometer 11, ZA-Nr. 1036.

Rabier, J.R. & Inglehart, R., 1973, European Community Study, ZA-Nr. 0689.

Zapf, W. u.a., 1978, Wohlfahrtssurvey 1978, ZA-Nr. 1141.

ZUMA, 1982, ZUMABUS 6, ZA-Nr. 1226.

Anhang

Tabelle I: Verteilung demographischer Merkmale im Mikrozensus und ALLBUS¹⁾

	MZ 85	ALLBUS 86	MZ 87	ALLBUS 88	MZ 89	ALLBUS 90
Geschlecht						
- männlich	46.5	46.7	46.9	44.4	47.1	48.4
- weiblich	53.5	53.3	53.1	55.6	52.9	51.6
Alter						
- 18-19 J.	4.2	3.1	3.8	3.5	3.2	2.1
- 20-24 J.	10.6	9.8	10.8	10.8	10.3	8.2
- 25-29 J.	9.0	10.8	9.7	11.8	10.4	12.0
- 30-34 J.	8.1	9.4	8.2	9.4	8.8	10.8
- 35-39 J.	7.2	9.7	7.8	8.7	8.0	9.9
- 40-44 J.	8.3	9.9	6.9	7.0	6.9	7.5
- 45-49 J.	9.8	9.2	9.8	8.1	8.9	8.0
- 50-54 J.	7.9	6.7	8.3	7.4	9.2	8.7
- 55-59 J.	8.0	6.8	7.7	7.0	7.2	6.5
- 60-64 J.	7.6	8.2	7.3	7.3	7.3	7.4
- 65-69 J.	4.7	5.6	5.8	7.0	6.9	7.3
- 70 +, K.A.	14.7	10.8	13.9	12.1	12.9	11.7
Bildung						
-HS o. Lehre, K.A.	31.0	19.6	29.2	19.8	26.1	13.7
-HS m. Lehre, K.A.	37.1	37.6	37.2	37.3	37.4	37.5
-Realschulab.	18.4	22.2	19.3	22.3	20.4	22.7
-Fachh./Abi	7.0	10.3	7.4	11.2	8.4	12.3
-Fachh./Hoch- schul-Ab.	6.5	10.3	6.9	9.4	7.6	13.8
Stellung im Beruf						
-Selbständige	6.1	5.5	5.9	5.2	5.8	5.9
-Beamte	4.6	6.2	4.7	4.8	4.8	5.7
-Angestellte	21.3	22.0	22.1	21.6	23.0	24.4
-Arbeiter	18.4	14.4	18.3	12.8	18.3	12.7
-Nicht erw., K.A.	49.6	51.8	49.0	55.6	48.1	51.4

- 1) Bei Verwendung der Daten des Mikrozensus ist folgende Quellenangabe vorzunehmen:
Mikrozensus 1989: Sonderauswertung durch das Statistische Bundesamt, Wiesbaden und ZUMA, Mannheim.
Mikrozensus 1985 und 1987: Sonderauswertung durch ZUMA, Mannheim. Fallzahlen mit Zufallsvariablen überlagert.

Übersicht 1: Bisher durchgeführte ISSP-Studien (Stand: Januar 1991)

ISSP-MITGLIEDER	1985 Role of Government	1986 Social Networks and Support Systems	1987 Inequality	1988 Family and Changing Sex Roles	1989 Work Orientations	1990 Role of Government
BRD	X	X	X	X	X	X
USA	X	X	X	X	X	X
Großbritannien	X	X	X	X	X	X
Australien	X	X	X	X	-	X
Italien	X	X	X	X	X	*
Österreich	X	X	X	X	X	*
Ungarn	-	X	X	X	X	X
Niederlande	-	X	X	X	X	-
Irland	-	X	X	X	X	*
Norwegen	-	-	-	-	X	X
Israel	-	-	-	-	X	*
Philippinen	-	-	-	-	-	X

- = nicht erhoben

X = erhoben

* = geplant

Übersicht II: "Sanktion und abweichendes Verhalten" - Originalformulierungen der modifizierten Replikationsfragen

Moralische Bewertung (Split 1: F 39 M, Q, R; Split 2: F 39 O, P, Q)

Im ALLBUS wurde die Antwortkategorisierung im Vergleich zur Kaupen-Studie geändert und die aufgeführten DM-Beträge wurden zur Anpassung an das gestiegene Einkommensniveau verdoppelt.

Sagen Sie mir nun bitte für jeden Fall, ob Sie persönlich das beschriebene Verhalten sehr schlimm, ziemlich schlimm oder nicht so schlimm finden.

- Ein Autofahrer sieht einen Verkehrsunfall und fährt weiter, ohne sich um die Verletzten zu kümmern. Halten Sie das für...
 - * Sehr schlimm
 - * Ziemlich schlimm
 - * Nicht so schlimm
 - * Weiß nicht, Keine Angabe
- Ein Arbeiter entwendet Material im Wert von 500 DM aus der Firma, weil er es zu Hause gebrauchen kann.
- Ein Arbeiter arbeitet am Wochenende schwarz und versteuert sein Nebeneinkommen von 200 DM monatlich nicht.
- Ein Mann hat homosexuelle Beziehungen zu einem anderen Mann.
- Ein Geschäftsmann bringt einen Teil seines Vermögens, sagen wir 100.000 DM, ins Ausland, um keine Steuern zahlen zu müssen.
- Ein Mann verprügelt seine Frau, weil sie den Haushalt nicht ordentlich führt.

Sanktionsbedürfnis/Wunsch nach gesetzlichem Verbot (Split 1: F 40 M, R; Split 2: F 41 O)

Im ALLBUS wurde die Antwortkategorisierung geändert und die aufgeführten DM-Beträge wurden zur Anpassung an das gestiegene Einkommensniveau verdoppelt.

Und jetzt hätte ich noch gerne gewußt, welche Strafe Sie persönlich in den einzelnen Fällen verhängen würden, wenn Sie Richter wären.

- Ein Autofahrer sieht einen Verkehrsunfall und fährt weiter, ohne sich um die Verletzten zu kümmern. Welche Strafe würden Sie verhängen, wenn Sie Richter wären?
 - * Freisprechen (keine Strafe)
 - * Verwarnung, Ermahnung
 - * 50 DM Buße an das Rote Kreuz
 - * 100 DM Geldstrafe
 - * 500 DM Geldstrafe
 - * 1000 DM Geldstrafe
 - * 1 Woche Gefängnis mit Bewährung
 - * 1 Monat Gefängnis mit Bewährung
 - * 1 Monat Gefängnis ohne Bewährung

- * 6 Monate Gefängnis ohne Bewährung
- * Mehr als 6 Monate ohne Bewährung
- * Zuchthaus
- * Sonstiges: _____
- * Weiß nicht, Keine Angabe
- Ein Arbeiter arbeitet am Wochenende schwarz und versteuert sein Nebeneinkommen von 200 DM monatlich nicht.
- Ein Mann hat homosexuelle Beziehungen zu einem anderen Mann.

Wissen von gesetzlicher Regelung (F42 (2))

Im ALLBUS wurde der angeführte DM-Betrag zur Anpassung an das gestiegene Einkommensniveau verdoppelt.

Ich habe jetzt einige Fälle, bei denen Sie mir bitte sagen wollen, ob das beschriebene Verhalten gesetzlich verboten ist oder nicht.

Ein Geschäftsmann bringt einen Teil seines Vermögens, sagen wir 100.000 DM, ins Ausland, um keine Steuern zahlen zu müssen.

- * Verboten
- * Nicht verboten
- * Weiß nicht, Keine Angabe

Delinquentes Verhalten (F44 A1, A3)

Im ALLBUS wurden die Frageformulierung und die Antwortkategorisierung modifiziert.

Nun eine ganz andere Frage:

Es gibt viele Dinge, die fast jeder einmal in seinem Leben tut. Ich gebe Ihnen eine Liste mit derartigen weitverbreiteten Verhaltensweisen.

Bitte geben Sie anhand der Skala an, wie häufig Sie dies jemals in Ihrem Leben getan haben.

Vieles mag 10 Jahre, 20 Jahre oder länger zurückliegen. Auch die Kindheit und Jugend zählen mit. Lassen Sie sich ruhig Zeit. Überlegen Sie ganz genau und kreuzen Sie das für Sie zutreffende an.

Mit Bus oder Bahn gefahren, absichtlich ohne eine Fahrkarte bezahlt zu haben

- * Öfter als 20 Mal
- * 20-10 Mal
- * 10-5 Mal
- * 4-2 Mal
- * 1 Mal
- * Nie

- Etwas aus einem Kaufhaus oder Geschäft mitgehen lassen, ohne es zu bezahlen.

Opfer eines Diebstahls (F50)

Im ALLBUS wurde das Wort "nie" gegen "nicht" ausgetauscht.

Ist Ihnen in den letzten drei Jahren einmal etwas gestohlen worden oder ist Ihnen dies in den letzten drei Jahren nie passiert?

* Ja

* Nein

Übersicht III: Änderung des Fragewortlauts beim ISSP 1990 im Vergleich zum ISSP 1985 (und ggf. dem englischen Fragebogen)

Fragenr.

ISSP 90 (85)

- 2 (4) Frageformulierung des ISSP 85 'Geben Sie bitte anhand der folgenden Skala an, ...' geändert in 'Geben Sie bitte an, ...'.
Formulierung von Item C des ISSP 85 'Protestmärsche organisieren, die den Verkehr behindern' geändert in 'Protestmärsche und Demonstrationen organisieren.' Englische Formulierung ISSP 85 u. 90:
'Organizing protest marches and demonstrations'
- 3 (5) Formulierung der Antwortkategorie des ISSP 85 'in keinem Fall erlaubt sein' geändert in 'auf keinen Fall erlaubt sein.' Englische Formulierung ISSP 85 u. 90:
'Should it be allowed? - Definitely not'.
- 10 (26) Frageformulierung des Items H des ISSP 85 'Subventionen von niedergehenden Industriezweigen, um Arbeitsplätze zu sichern' geändert in 'Unterstützung von niedergehenden...'. Englische Frageformulierung ISSP 85: 'Supporting declining industries to protect jobs', bzw.
ISSP 90 'Support for declining industries to protect jobs'.
- 14 (30) Formulierungen des ISSP 85 'Glauben Sie, daß diese ... bei weitem zu viel Macht haben' geändert in 'Haben diese ... bei weitem zu viel Macht.' Änderungen für die übrigen Antwortkategorien entsprechend.
Englische Formulierung ISSP 85 u. 90:
'Do they have too much power or too little power? - Far too much power ...'.
- 18 (33) Frageformulierung des ISSP 85 'Bitte geben Sie nun an, welche der folgenden Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten.' geändert in 'Bitte geben Sie nun an, inwieweit die folgenden Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten.'
Antwortkategorien des ISSP 85 'in jedem Fall verantwortlich sein' und 'in keinem Fall verantwortlich sein' geändert in 'auf jeden Fall verantwortlich sein' und 'auf keinen Fall verantwortlich sein.'
Formulierung des Items D des ISSP 85 'Den Rentnern und Pensionären einen angemessenen Lebensstandard zu sichern'

geändert in 'Den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern.'

Englische Formulierung bei ISSP 85 und 90: '... provide a decent standard of living for the old.'

22 (17)

Frageformulierung des ISSP 85 'Geben Sie bitte jeweils Ihre Ansicht anhand der Skala an.' geändert in 'Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie die folgenden Ansichten befürworten oder ablehnen.'

A L L B U S '90

Juni 1989

Pretestfragebogen

"Sanktion und abweichendes Verhalten

FALL-ID.: | | | |

INTERVIEWER-NR.: | | | |

Angaben zum Interviewer:

ALTER | | |

GESCHLECHT: männlich 1
weiblich 2

SCHULABSCHLUSS:

Hauptschule 1
Realschule/
Mittl. Reife..... 2
Abitur 3

INT.: KARTENSATZ b l a u mischen und Karten einzeln überreichen.

1. Auf diesen Karten sind verschiedene Verhaltensweisen beschrieben. Bitte sagen Sie mir zu jeder Karte, ob das beschriebene Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland gesetzlich verboten ist oder nicht.

	gesetzlich verboten	nicht ge- setzlich verboten	weiß nicht	
A Ein Arzt gibt einem schwerkranken Patienten auf dessen Verlangen hin ein tödliches Gift.	1	2	8	1 2
B Eine Frau bezahlt mit einem 50 DM-Schein in einem Kaufhaus. Aus Versehen erhält sie Wechselgeld für einen 100 DM-Schein. Sie bemerkt dies, behält aber das Wechselgeld.	1	2	8	1 2
C Ein Mann erfährt durch eine Indiskretion, daß ein Gelände in naher Zukunft als Bauland ausgewiesen werden soll. Er erwirbt daraufhin von den nicht informierten Besitzern das Gelände zum Preis von 1 Mio. DM, um es kurze Zeit später für 2 Mio. DM wieder zu verkaufen.	1	2	8	1 2
D Ein Autofahrer sieht einen Verkehrsunfall und fährt weiter, ohne sich um die Verletzten zu kümmern.	1	2	8	1 2
E Ein Gastwirt weigert sich, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen.	1	2	8	1 2
F Ein erwachsener Mann hat homosexuelle Beziehungen zu einem anderen Mann.	1	2	8	1 2
G Ein Zeitschriftenhändler verkauft pornographische Zeitschriften.	1	2	8	1 2

2. INT.: L I S T E 1 überreichen.

Ich werde Ihnen gleich einzelne Karten überreichen, auf denen verschiedene Verhaltensweisen beschrieben sind. Bitte sagen Sie mir jeweils mit Hilfe dieser Liste, ob Sie persönlich das beschriebene Verhalten für

- sehr schlimm
- schlimm
- weniger schlimm oder für
- überhaupt nicht schlimm

halten.

INT.: KARTENSATZ g e l b mischen und Karten einzeln überreichen.

	sehr schlimm	schlimm	weniger schlimm	überhaupt nicht schlimm	weiß nicht	
01 Ein Mann schlägt in einem Lokal einen anderen Gast zu Boden, weil dieser seinen Ansichten widersprochen hat.	1	2	3	4	8	1 2
02 Ein Mann zwingt seine Ehefrau zum Geschlechtsverkehr.	1	2	3	4	8	1 2
03 Ein Mann verprügelt mehrmals in der Woche sein 10jähriges Kind.	1	2	3	4	8	1 2
04 Eine Frau läßt einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, weil sie keine Kinder haben möchte.	1	2	3	4	8	1 2

zu 2.

		sehr schlimm	schlimm	weniger schlimm	überhaupt nicht schlimm	weiß nicht	
05	Ein Arzt gibt einem schwerkranken Patienten auf dessen Verlangen hin ein tödliches Gift.	1	2	3	4	8	1 2
06	Ein Mann bricht in eine Wohnung ein und entwendet Gegenstände im Wert von 10.000 DM.	1	2	3	4	8	1 2
07	Ein Privatmann verkauft ein Auto und verschweigt dabei, daß es ein Unfallwagen ist. Er kann dadurch einen um 1.000 DM höheren Preis erzielen.	1	2	3	4	8	1 2
08	Ein Mann, dessen Wohnung unter Wasser stand, gibt den Schaden gegenüber der Versicherung um 1.000 DM zu hoch an.	1	2	3	4	8	1 2
09	Ein Handwerker führt außerhalb seiner Arbeitszeit kleine Aufträge gegen Barzahlung aus und gibt diese Einnahmen nicht bei der Steuer an. Auf diese Weise bezahlt er 1.000 DM weniger Steuern.	1	2	3	4	8	1 2
10	Ein Arbeitnehmer macht absichtlich beim Lohnsteuerjahresausgleich falsche Angaben und erhält dadurch 1.000 DM zuviel Lohnsteuerrückerstattung.	1	2	3	4	8	1 2
11	Jemand fährt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, ohne einen gültigen Fahrausweis zu besitzen.	1	2	3	4	8	1 2
12	Jemand nimmt in einem Kaufhaus Waren im Wert von 50 DM mit, ohne zu bezahlen.	1	2	3	4	8	1 2
13	Ein Arbeiter nimmt aus dem Betrieb, in dem er beschäftigt ist, Material im Wert von 50 DM mit nach Hause und verwendet es für private Zwecke.	1	2	3	4	8	1 2
14	Ein Angestellter gibt die Kosten für eine Geschäftsreise zu hoch an. Er erhält dadurch 50 DM mehr Reisekosten erstattet, als er tatsächlich ausgegeben hat.	1	2	3	4	8	1 2
15	Eine Frau bezahlt mit einem 50 DM-Schein in einem Kaufhaus. Aus Versehen erhält sie Wechselgeld für einen 100 DM-Schein. Sie bemerkt dies, behält aber das Wechselgeld.	1	2	3	4	8	1 2
16	Ein Einzelhändler verkauft minderwertige Textilien als teure Markenartikel und erzielt dadurch 10.000 DM mehr Gewinn.	1	2	3	4	8	1 2
17	Ein Unternehmer erhält aufgrund falscher Angaben 10.000 DM zuviel staatliche Subventionen.	1	2	3	4	8	1 2
18	Ein Mann erfährt durch eine Indiskretion, daß ein Gelände in naher Zukunft als Bauland ausgewiesen werden soll. Er erwirbt daraufhin von den nicht informierten Besitzern das Gelände zum Preis von 1 Mio. DM, um es kurze Zeit später für 2 Mio. DM wieder zu verkaufen.	1	2	3	4	8	1 2
19	Ein Beamter der städtischen Baubehörde erhält von dem Inhaber einer Baufirma ein Geschenk im Wert von 1.000 DM und bevorzugt diesen dafür bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen.	1	2	3	4	8	1 2
20	Um Kosten zu sparen, unterläßt es ein Firmeninhaber, an gefährlichen Maschinen die gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen anzubringen.	1	2	3	4	8	1 2
21	In einem Chemiebetrieb könnte der Schadstoffausstoß durch den Einbau eines neuen Abgasfilters deutlich reduziert werden. Obwohl Kapital für diese Investition vorhanden ist, beschließt die Unternehmensleitung, die Filteranlage nicht einzubauen und das Geld stattdessen für die Erweiterung des Unternehmens zu verwenden.	1	2	3	4	8	1 2

zu 2.

		sehr schlimm	schlimm	weniger schlimm	überhaupt nicht schlimm	weiß nicht	
22	Ein Chemiefabrikant lagert Giftmüll, ohne dabei die gesetzlichen Sicherheitsvorschriften zu beachten.	1	2	3	4	8	1 2
23	Ein Privatmann kippt Farbreste auf eine wilde Müllkippe im Wald.	1	2	3	4	8	1 2
24	Jemand beschädigt beim Ausparken ein fremdes Auto und fährt davon, ohne sich um den Schaden - der ungefähr 1.000 DM beträgt - zu kümmern.	1	2	3	4	8	1 2
25	Jemand fährt mit mehr als 0,8 Promille Alkohol im Blut ein Kraftfahrzeug.	1	2	3	4	8	1 2
26	Ein Autofahrer sieht einen Verkehrsunfall und fährt weiter, ohne sich um die Verletzten zu kümmern.	1	2	3	4	8	1 2
27	Ein Demonstrant weigert sich, eine blockierte Zufahrt freizugeben, obwohl die Polizei ihn dazu aufgefordert hat.	1	2	3	4	8	1 2
28	Jemand beteiligt sich an einer nicht genehmigten Demonstration.	1	2	3	4	8	1 2
29	Ein Jugendlicher demoliert eine öffentliche Telefonzelle.	1	2	3	4	8	1 2
30	Ein Gastwirt weigert sich, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen.	1	2	3	4	8	1 2
31	Jemand raucht mehrmals in der Woche Haschisch.	1	2	3	4	8	1 2
32	Jemand ist mehrmals in der Woche betrunken.	1	2	3	4	8	1 2
33	Ein verheirateter Mann hat mit einer anderen Frau ein Verhältnis.	1	2	3	4	8	1 2
34	Eine verheiratete Frau hat mit einem anderen Mann ein Verhältnis.	1	2	3	4	8	1 2
35	Ein erwachsener Mann hat homosexuelle Beziehungen zu einem anderen Mann.	1	2	3	4	8	1 2
36	Ein Zeitschriftenhändler verkauft pornographische Zeitschriften.	1	2	3	4	8	1 2

3.

INT.: LISTE 2 überreichen.

In der nächsten Frage geht es nochmals um die gleichen Verhaltensweisen wie in der vorangegangenen Frage. Wenn es nach Ihnen ginge, wie sollten diese Verhaltensweisen Ihrer Meinung nach jeweils gesetzlich bestraft werden? Benutzen Sie für Ihre Antworten bitte diese Liste.

INT.: KARTENSATZ g e l b mischen und Karten wieder einzeln überreichen.

	sollte				
	nicht bestraft werden	mit einer Geldstrafe bestraft werden	mit Gefängnis bestraft werden	weiß nicht	
01 Ein Mann schlägt in einem Lokal einen anderen Gast ...	1	2	3	8	1 2
02 Ein Mann zwingt seine Ehefrau zum Geschlechtsverkehr.	1	2	3	8	1 2
03 Ein Mann verprügelt mehrmals in der Woche ...	1	2	3	8	1 2
04 Eine Frau läßt einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen ...	1	2	3	8	1 2
05 Ein Arzt gibt einem schwerkranken Patienten ...	1	2	3	8	1 2
06 Ein Mann bricht in eine Wohnung ein und entwendet ...	1	2	3	8	1 2
07 Ein Privatmann verkauft ein Auto und verschweigt ...	1	2	3	8	1 2
08 Ein Mann, dessen Wohnung unter Wasser stand, gibt ...	1	2	3	8	1 2
09 Ein Handwerker führt außerhalb seiner Arbeitszeit ...	1	2	3	8	1 2
10 Ein Arbeitnehmer macht absichtlich beim ...	1	2	3	8	1 2
11 Jemand fährt mit öffentlichen Verkehrsmitteln ...	1	2	3	8	1 2
12 Jemand nimmt in einem Kaufhaus Waren ...	1	2	3	8	1 2
13 Ein Arbeiter nimmt aus dem Betrieb ...	1	2	3	8	1 2
14 Ein Angestellter gibt die Kosten ...	1	2	3	8	1 2
15 Eine Frau bezahlt mit einem 50 DM-Schein ...	1	2	3	8	1 2
16 Ein Einzelhändler verkauft minderwertige ...	1	2	3	8	1 2
17 Ein Unternehmer erhält aufgrund falscher Angaben ...	1	2	3	8	1 2
18 Ein Mann erfährt durch eine Indiskretion ...	1	2	3	8	1 2
19 Ein Beamter der städtischen Baubehörde erhält von ...	1	2	3	8	1 2
20 Um Kosten zu sparen, unterläßt es ein Firmeninhaber, an ...	1	2	3	8	1 2
21 In einem Chemiebetrieb könnte der Schadstoffausstoß ...	1	2	3	8	1 2
22 Ein Chemiefabrikant lagert Giftmüll ...	1	2	3	8	1 2
23 Ein Privatmann kippt Farbreste ...	1	2	3	8	1 2

zu 3.

		sollte			weiß nicht	
		nicht bestraft werden	mit einer Geld- strafe bestraft werden	mit Gefängnis bestraft werden		
24	Jemand beschädigt beim Ausparken ...	1	2	3	8	1 2
25	Jemand fährt mit mehr als 0,8 Promille ...	1	2	3	8	1 2
26	Ein Autofahrer sieht einen Verkehrsunfall ...	1	2	3	8	1 2
27	Ein Demonstrant weigert sich, eine ...	1	2	3	8	1 2
28	Jemand beteiligt sich an einer nicht genehmigten ...	1	2	3	8	1 2
29	Ein Jugendlicher demoliert eine öffentliche Telefonzelle.	1	2	3	8	1 2
30	Ein Gastwirt weigert sich ...	1	2	3	8	1 2
31	Jemand raucht mehrmals in der Woche Haschisch.	1	2	3	8	1 2
32	Jemand ist mehrmals in der Woche betrunken.	1	2	3	8	1 2
33	Ein verheirateter Mann hat mit einer ...	1	2	3	8	1 2
34	Ein verheiratete Frau hat mit einem anderen ...	1	2	3	8	1 2
35	Ein erwachsener Mann hat ...	1	2	3	8	1 2
36	Ein Zeitschriftenhändler verkauft ...	1	2	3	8	1 2

4.

INT.: LISTE 3 und KARTENSATZ grün mischen und einzeln überreichen.

Stellen Sie sich vor, Sie erfahren, daß ein Nachbar, mit dem Sie keinen persönlichen Kontakt haben, Dinge getan hat, die auf diesen Karten beschrieben sind. Sagen Sie mir bitte für jede Verhaltensweise mit Hilfe der Liste, ob Sie ihn bei der Polizei anzeigen würden oder nicht.

1 2

Sie erfahren, daß ein Nachbar, mit dem Sie keinen persönlichen Kontakt haben ...	sicher anzeigen	wahr- schein- lich anzeigen	wahr- schein- lich nicht anzeigen	sicher nicht anzeigen	weiß nicht	
A ... mehrmals in der Woche sein 10jähriges Kind verprügelt.	1	2	3	4	8	1 2
B ... seine Ehefrau zum Geschlechtsverkehr gezwungen hat.	1	2	3	4	8	1 2
C ... in eine Wohnung eingebrochen ist und Gegenstände im Wert von 10.000 DM entwendet hat.	1	2	3	4	8	1 2
D ... beim Kauf seines Autos verschwiegen hat, daß es ein Unfallwagen ist, und dadurch einen um 1.000 DM höheren Preis erzielen konnte.	1	2	3	4	8	1 2
E ... einen Wasserschaden in seiner Wohnung gegenüber der Versicherung um 1.000 DM zu hoch angegeben hat.	1	2	3	4	8	1 2
F ... beim Lohnsteuerjahresausgleich absichtlich falsche Angaben gemacht und dadurch 1.000 DM zuviel Lohnsteuerrückerstattung erhalten hat.	1	2	3	4	8	1 2
G ... außerhalb seiner Arbeitszeit kleine Aufträge gegen Barzahlung ausgeführt und diese Einnahmen nicht bei der Steuer angegeben hat, wodurch er 1.000 DM weniger Steuern bezahlt hat.	1	2	3	4	8	1 2
H ... in einem Kaufhaus Waren im Wert von 50 DM mitgenommen hat, ohne zu bezahlen.	1	2	3	4	8	1 2
J ... Farbreste auf eine wilde Müllkippe im Wald gekippt hat.	1	2	3	4	8	1 2
K ... beim Ausparken ein fremdes Auto beschädigt hat und davongefahren ist, ohne sich um den Schaden - der ungefähr 1.000 DM beträgt - zu kümmern.	1	2	3	4	8	1 2
L ... mehrmals in der Woche Haschisch raucht.	1	2	3	4	8	1 2

5. INT.: LISTE 4 Überreichen.

Wie Sie wissen, begehen viele Bürger hin und wieder eine kleinere Gesetzesübertretung. Ich nenne Ihnen nun einige solcher kleineren Gesetzesübertretungen. Sagen Sie bitte jeweils mit Hilfe der Liste, wie oft Sie in Ihrem Leben so etwas schon getan haben.

INT.: Vorgaben einzeln vorlesen.

	noch nie	1 mal	2 bis 5 mal	6 bis 10 mal	11 bis 20 mal	mehr als 20 mal	weiß nicht	1 2
A Öffentliche Verkehrsmittel benutzt, ohne einen gültigen Fahrausweis zu besitzen.	0	1	2	3	4	5	8	1 2
B Mit mehr als 0,8 Promille Alkohol im Blut ein Kraftfahrzeug gefahren.	0	1	2	3	4	5	8	1 2
C In einem Kaufhaus oder Geschäft Waren mitgenommen, ohne zu bezahlen.	0	1	2	3	4	5	8	1 2
D Falsche Angaben bei der Einkommensteuererklärung oder beim Lohnsteuerjahresausgleich gemacht, um weniger Steuern zahlen zu müssen.	0	1	2	3	4	5	8	1 2

6. Unabhängig davon, ob Sie die genannten kleineren Gesetzesübertretungen in der Vergangenheit tatsächlich schon einmal begangen haben oder nicht: Können Sie sich vorstellen, daß Sie in Zukunft so etwas unter Umständen tun würden, oder würden Sie so etwas unter keinen Umständen tun?

INT.: Vorgaben einzeln vorlesen.

	JA	NEIN	weiß nicht	1 2
A Öffentliche Verkehrsmittel benutzen, ohne einen gültigen Fahrausweis zu besitzen.	1	2	8	1 2
B Mit mehr als 0,8 Promille Alkohol im Blut ein Kraftfahrzeug fahren.	1	2	8	1 2
C In einem Kaufhaus oder Geschäft Waren mitnehmen, ohne zu bezahlen.	1	2	8	1 2
D Falsche Angaben bei der Einkommensteuererklärung oder beim Lohnsteuerjahresausgleich machen, um weniger Steuern zahlen zu müssen.	1	2	8	1 2

5. + 6. Splitversion

INT.: B l a u e s Blatt und Umschlag überreichen.
Befragte(r) soll das Blatt (Vor- und Rückseite!) selbst ausfüllen, anschließend in den Umschlag stecken und diesen verschließen.
Weisen Sie die/den Befragte(n) auf die absolut vertrauliche Behandlung seiner Antworten hin. Diese werden nach den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes bei der Auswertung auf keinen Fall mit dem Namen der/des Befragten in Verbindung gebracht.

Wichtig:

Umschlag nach der Rückgabe mit der ID-Nummer des Fragebogens versehen.

7.

INT.: LISTE 5 überreichen.

- A Stellen Sie sich vor, Sie würden ein öffentliches Verkehrsmittel benutzen, ohne einen gültigen Fahrausweis zu besitzen: Wie wahrscheinlich wäre es Ihrer Ansicht nach, daß ein Kontrolleur Sie dabei entdecken würde?

Benutzen Sie für Ihre Antwort bitte die Liste.

- | | | | |
|-------------------------------|---|---|---|
| - sehr unwahrscheinlich | 1 | 1 | 2 |
| - eher unwahrscheinlich | 2 | | |
| - ungefähr 50 zu 50 | 3 | | |
| - eher wahrscheinlich | 4 | | |
| - sehr wahrscheinlich | 5 | | |
| ----- | | | |
| - weiß nicht | 8 | | |

- B Stellen Sie sich vor, Sie würden mit mehr als 0,8 Promille Alkohol im Blut ein Kraftfahrzeug fahren: Wie wahrscheinlich wäre es Ihrer Ansicht nach, daß die Polizei Sie dabei entdecken würde?

- | | | | |
|-------------------------------|---|---|---|
| - sehr unwahrscheinlich | 1 | 1 | 2 |
| - eher unwahrscheinlich | 2 | | |
| - ungefähr 50 zu 50 | 3 | | |
| - eher wahrscheinlich | 4 | | |
| - sehr wahrscheinlich | 5 | | |
| ----- | | | |
| - weiß nicht | 8 | | |

- C Stellen Sie sich vor, Sie würden in einem Kaufhaus oder Geschäft Waren mitnehmen, ohne zu bezahlen: Wie wahrscheinlich wäre es Ihrer Ansicht nach, daß man Sie dabei entdecken würde?

- | | | | |
|-------------------------------|---|---|---|
| - sehr unwahrscheinlich | 1 | 1 | 2 |
| - eher unwahrscheinlich | 2 | | |
| - ungefähr 50 zu 50 | 3 | | |
| - eher wahrscheinlich | 4 | | |
| - sehr wahrscheinlich | 5 | | |
| ----- | | | |
| - weiß nicht | 8 | | |

- D Stellen Sie sich vor, Sie würden bei der Einkommensteuererklärung oder beim Lohnsteuerjahresausgleich falsche Angaben machen, um weniger Steuern zahlen zu müssen: Wie wahrscheinlich wäre es Ihrer Ansicht nach, daß das Finanzamt dies entdecken würde?

- | | | | |
|-------------------------------|---|---|---|
| - sehr unwahrscheinlich | 1 | 1 | 2 |
| - eher unwahrscheinlich | 2 | | |
| - ungefähr 50 zu 50 | 3 | | |
| - eher wahrscheinlich | 4 | | |
| - sehr wahrscheinlich | 5 | | |
| ----- | | | |
| - weiß nicht | 8 | | |

8. INT.: LISTE 6 Überreichen.

A Wenn jemand eine Straftat begangen hat und von einem Gericht verurteilt wird, was sollte Ihrer Meinung nach der wichtigste Zweck der Strafe sein?
Benutzen Sie für Ihre Antwort bitte die Liste.

- den Täter zu erziehen / zu bessern 1
- die Gesellschaft vor dem Täter zu schützen ... 2
- dem Täter Gelegenheit zur Sühne zu geben 3
- andere mögliche Täter abzuschrecken 4
- die Tat zu vergelten 5
-
- weiß nicht 8

1 2

B Und was sollte der zweitwichtigste Zweck sein?

- den Täter zu erziehen / zu bessern 1
- die Gesellschaft vor dem Täter zu schützen ... 2
- dem Täter Gelegenheit zur Sühne zu geben 3
- andere mögliche Täter abzuschrecken 4
- die Tat zu vergelten 5
-
- weiß nicht 8

1 2

9. INT.: LISTE 7 Überreichen.

Ich lese Ihnen jetzt zwei Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte, jeweils mit Hilfe der Liste, inwieweit Sie der Aussage zustimmen oder nicht zustimmen. Die erste Aussage lautet:

"An die Gesetze muß man sich immer halten, egal ob man mit ihnen einverstanden ist oder nicht."

- stimme voll und ganz zu .. 1
- stimme eher zu 2
- unentschieden 3
- stimme eher nicht zu 4
- stimme überhaupt nicht zu. 5
-
- weiß nicht 8

1 2

Die zweite Aussage lautet:

"An ein Gesetz, mit dem man selbst nicht einverstanden ist, muß man sich auch nicht unbedingt halten."

Inwieweit stimmen Sie dieser Aussage zu oder nicht zu?

- stimme voll und ganz zu .. 1
- stimme eher zu 2
- unentschieden 3
- stimme eher nicht zu 4
- stimme überhaupt nicht zu. 5
-
- weiß nicht 8

1 2

S1	<div>INT.: ohne Befragten einstufen</div> <div>Das Interview wird durchgeführt mit:</div> <div>einem Mann 1</div> <div>einer Frau 2</div>			1 2
S2	Bitte sagen Sie mir, in welchem Jahr Sie geboren sind. <div> <div></div> <div></div> <div></div> <div></div> <div></div> </div>			1 2
S3	<div>INT.: LISTE A vorlegen.</div> <div>Welchen allgemeinbildenden Schulabschluß haben Sie?</div> <div>INT.: Nur <u>eine</u> Nennung möglich. Nur <u>höchsten</u> Abschluß angeben lassen!</div> <div> <div>A Noch Schüler 01--> S10</div> <div>B Schule beendet ohne Abschluß 02</div> <div>C Volks-/Hauptschulabschluß 03</div> <div>D Mittlere Reife, Realschulabschluß (Fachschulreife) 04</div> <div>E Fachhochschulreife (Abschluß einer Fachoberschule, etc.).. 05</div> <div>F Abitur (Hochschulreife) 06</div> <div>G Anderen Schulabschluß, und zwar: 07</div> <div>(INT.: bitte notieren)</div> </div>			1 2
S4	<div>INT.: LISTE B vorlegen.</div> <div>Nun weiter mit der Erwerbstätigkeit und Ihrem Beruf. Was von dieser Liste trifft auf Sie zu?</div> <div>INT.: nur <u>eine</u> Nennung möglich.</div> <div> <div>A Hauptberufliche Erwerbstätigkeit, ganztags 1</div> <div>B Hauptberufliche Erwerbstätigkeit, halbtags 2</div> <div>C Nebenher erwerbstätig 3</div> <div>D Arbeitslos 4</div> <div>E Wehr-/Zivildienstleistender 5</div> <div>F Nicht erwerbstätig 6</div> </div>		S7	1 2
S5	<div>INT.: KARTENSPIEL <u>r o t</u> vorlegen.</div> <div>Welche berufliche Stellung trifft auf Sie zur Zeit zu? Sehen Sie sich bitte diese Karten an, wählen Sie die für Sie zutreffende Karte aus und nennen Sie mir den Kennbuchstaben.</div> <div>INT.: Nur <u>eine</u> Nennung möglich. Ausgewählte Karte liegenlassen, übrige Karten beiseite legen.</div> <div> <div>A Selbständiger Landwirt 01</div> <div>B Akademischer freier Beruf 02</div> <div>C Selbständiger in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung u.a. 03</div> <div>D Beamter / Richter / Berufssoldat 04</div> <div>E Angestellter 05</div> <div>F Arbeiter 06</div> <div>G In Ausbildung 07</div> <div>H Mithelfender Familienangehöriger 08--> S10</div> </div>		S10	1 2

<p>S6</p> <div>INT.: Die in Frage S5 ausgewählte Karte erneut vorlegen.</div> <p>Und welche der aufgeführten Beschreibungen trifft auf Sie zu? Nennen Sie mir bitte die entsprechende Kennziffer.</p> <div>INT.: Nur <u>eine</u> Nennung möglich.</div>	<div>INT.: KENNZIFFER eintragen --> <table border="1"><tr><td> </td><td> </td><td> </td></tr></table> --></div>				<div>S10</div> <div>1 2</div>																								
<p>S7</p> <p>Bis zu welchem Jahr waren Sie <u>hauptberuflich</u> erwerbstätig, oder waren Sie nie hauptberuflich erwerbstätig?</p>	<div><table border="1"><tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr></table> --> S8</div> <hr/> <div>noch nie hauptberuflich erwerbstätig gewesen 9996 --></div>					<div>S8</div> <div>1 2</div> <div>S10</div>																							
<p>S8</p> <div>INT.: KARTENSPIEL <u>r o t</u> vorlegen.</div> <p>Welche berufliche Stellung traf damals auf Sie zu? Sehen Sie sich bitte diese Karten an, wählen Sie die für Sie zutreffende Karte aus und nennen Sie mir den Kennbuchstaben.</p> <div>INT.: Nur <u>eine</u> Nennung möglich. Ausgewählte Karte liegenlassen, übrige Karten beiseite legen.</div>	<table> <tr><td>A</td><td>Selbständiger Landwirt</td><td>01</td></tr> <tr><td>B</td><td>Akademischer freier Beruf</td><td>02</td></tr> <tr><td>C</td><td>Selbständiger in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung, etc.</td><td>03</td></tr> <tr><td>D</td><td>Beamter / Richter / Berufssoldat</td><td>04</td></tr> <tr><td>E</td><td>Angestellter</td><td>05</td></tr> <tr><td>F</td><td>Arbeiter</td><td>06</td></tr> <tr><td>G</td><td>In Ausbildung</td><td>07</td></tr> <tr><td colspan="2"><hr/></td><td></td></tr> <tr><td>H</td><td>Mithelfender Familienangehöriger</td><td>08 --></td></tr> </table>	A	Selbständiger Landwirt	01	B	Akademischer freier Beruf	02	C	Selbständiger in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung, etc.	03	D	Beamter / Richter / Berufssoldat	04	E	Angestellter	05	F	Arbeiter	06	G	In Ausbildung	07	<hr/>			H	Mithelfender Familienangehöriger	08 -->	<div>1 2</div> <div>S10</div>
A	Selbständiger Landwirt	01																											
B	Akademischer freier Beruf	02																											
C	Selbständiger in Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung, etc.	03																											
D	Beamter / Richter / Berufssoldat	04																											
E	Angestellter	05																											
F	Arbeiter	06																											
G	In Ausbildung	07																											
<hr/>																													
H	Mithelfender Familienangehöriger	08 -->																											
<p>S9</p> <div>INT.: Die in Frage S8 ausgewählte Karte erneut vorlegen.</div> <p>Und welche der aufgeführten Beschreibungen traf damals auf Sie zu? Nennen Sie mir bitte die entsprechende Kennziffer.</p> <div>INT.: Nur <u>eine</u> Nennung möglich.</div>	<div>INT.: KENNZIFFER eintragen --> <table border="1"><tr><td> </td><td> </td><td> </td></tr></table> --></div>				<div>1 2</div>																								
<p>S10</p> <p>Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie:</p> <div>INT.: Vorgaben vorlesen.</div>	<table> <tr><td>-</td><td>verheiratet und leben mit Ihrem Ehepartner zusammen</td><td>1</td></tr> <tr><td>-</td><td>verheiratet und leben getrennt</td><td>2</td></tr> <tr><td>-</td><td>verwitwet</td><td>3</td></tr> <tr><td>-</td><td>geschieden</td><td>4</td></tr> <tr><td>-</td><td>ledig</td><td>5</td></tr> </table>	-	verheiratet und leben mit Ihrem Ehepartner zusammen	1	-	verheiratet und leben getrennt	2	-	verwitwet	3	-	geschieden	4	-	ledig	5	<div>1 2</div>												
-	verheiratet und leben mit Ihrem Ehepartner zusammen	1																											
-	verheiratet und leben getrennt	2																											
-	verwitwet	3																											
-	geschieden	4																											
-	ledig	5																											

<p>S11 INT.: LISTE C vorlegen.</p> <p>Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?</p> <p>INT.: Nur <u>eine</u> Nennung möglich.</p>	<p>A der römisch-katholischen Kirche 1</p> <p>B der evangelischen Kirche (ohne Freikirchen) 2</p> <p>C einer evangelischen Freikirche 3</p> <p>D einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft 4</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <p>E einer anderen nicht christlichen Religionsgemeinschaft 5</p> <p>F keiner Religionsgemeinschaft 6</p> <p>Angabe verweigert 7</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p> <p>6</p> <p>7</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p> <p>6</p> <p>7</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p> <p>6</p> <p>7</p>
<p>S12 Wie oft gehen Sie im allgemeinen in die Kirche?</p> <p>INT.: Vorgaben vorlesen.</p>	<p>- mehr als einmal in der Woche 1</p> <p>- einmal in der Woche 2</p> <p>- ein- bis dreimal im Monat 3</p> <p>- mehrmals im Jahr 4</p> <p>- seltener 5</p> <p>- nie 6</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p> <p>6</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p> <p>6</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p> <p>6</p>
<p>S13 Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu: der Unterschicht, der Arbeiterschicht, der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht?</p> <p>INT.: Nur <u>eine</u> Nennung möglich.</p>	<p>Unterschicht 1</p> <p>Arbeiterschicht 2</p> <p>Mittelschicht 3</p> <p>Obere Mittelschicht 4</p> <p>Oberschicht 5</p> <p>-----</p> <p>Keiner dieser Schichten 6</p> <p>Einstufung abgelehnt ... 7</p> <p>Weiß nicht 8</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p> <p>6</p> <p>7</p> <p>8</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p> <p>6</p> <p>7</p> <p>8</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p> <p>6</p> <p>7</p> <p>8</p>
<p>S14 Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?</p>	<p>sehr stark 1</p> <p>stark 2</p> <p>mittel 3</p> <p>wenig 4</p> <p>überhaupt nicht 5</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p>	<p>1</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>4</p> <p>5</p>

S15

INT.: LISTE D vorlegen.

Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten auf dieser Liste würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage?

Bitte nennen Sie mir die entsprechenden Kennbuchstaben.

INT.: Alle genannten Kennbuchstaben einkreisen.

A Mitarbeit in einer Bürgerinitiative ...

1

B Teilnahme an einer genehmigten Demonstration

1

C Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration

1

1 2

S16 Was davon haben Sie selbst schon gemacht, woran waren Sie schon einmal beteiligt? Nennen Sie mir auch hier wieder die entsprechenden Kennbuchstaben.

INT.: Alle genannten Kennbuchstaben einkreisen.

A Mitarbeit in einer Bürgerinitiative ...

1

B Teilnahme an einer genehmigten Demonstration

1

C Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration

1

1 2

S17 Viele Leute verwenden die Begriffe LINKS und RECHTS, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft.

Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken: Wo würden Sie diese Ansichten auf dieser Skala einstufen? Machen Sie bitte ein Kreuz in eines der Kästchen.

INT.: Befragten auf der nächsten Seite selbst ankreuzen lassen.
Unbedingt darauf achten, daß innerhalb eines Kästchens angekreuzt wird!

1 2

Links

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Rechts

<p>S18</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">INT.: LISTE E vorlegen.</div> <p>Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer <u>Zweitstimme</u> wählen?</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">INT.: Nur <u>eine</u> Nennung möglich.</div>	<div> <div>CDU bzw. CSU 01</div> <div>SPD 02</div> <div>F.D.P. 03</div> <div>DIE GRÜNEN 04</div> <div>NPD 05</div> <div>DKP 06</div> <div>Andere Partei, und zwar: 07</div> <div>-----</div> <div>würde nicht wählen 96</div> <div>verweigert 97</div> <div>weiß nicht 98</div> </div>			1 2
<p>S19</p> <p>Besitzen Sie einen Führerschein für einen PKW?</p>	<div> <div>Ja 1</div> <div>Nein 2</div> </div>			1 2